

STEFAN BOLLINGER

DER SIEG, DER EINE NIEDERLAGE WAR

50. JAHRESTAG DES BAUS DER BERLINER MAUER

Für die DDR war er der «antifaschistische Schutzwall», für den Westen das «Einmauern» eben dieses Landes. Die Spaltung Deutschlands und der Welt in zwei feindliche Blöcke war nun durch eine Betonmauer manifestiert. Ihre Errichtung sollte das Ausbluten des Ostens verhindern und damit die latent existierende Gefahr einer Veränderung der Grenzen der europäischen Nachkriegsordnung verhindern. Die politisch-moralische Wertung der damaligen Ereignisse und ihrer Folgen, der Abschottung eines Staates, der das bessere Deutschland verkörpern sollte, ist eindeutig. Die Massenfluchten aus der DDR bis 1961, die versuchten Grenzdurchbrüche und vor allem die Toten an Mauer, Staatsgrenze West und auf der Ostsee waren für viele der tagtägliche Beweis, dass der Versuch einer neuen Gesellschaft scheiterte, dass die Bürger der DDR sich unfrei fühlten und oft um jeden Preis raus wollten. Die oft rein materiellen Beweggründe für den Wechsel in den anderen Teil Deutschlands, der sie als eigene Staatsbürger mit offenen Armen und als begehrte, weil qualifizierte Arbeitskräfte aufnahm, werden dabei leicht übersehen.

Angesichts der gezielten Delegitimierung der DDR und des realen Sozialismus tritt die Untersuchung der historischen Rahmenbedingungen für diese letztlich folgenschwere Entscheidung der politischen Führungen in der Sowjetunion und der DDR zurück. Ihnen muss aber nachgegangen werden: Dem Umstand, dass die Krise um die beiden deutschen Staaten und Westberlin jederzeit einen Nuklearkrieg provozieren konnte; den Beweggründen in beiden Blöcken, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden; der wirtschaftlichen Schwäche und der ökonomischen Angreifbarkeit der DDR; den Schwierigkeiten, einen Sozialismus aufzubauen, vor dem niemand weglaufen mochte. Zugleich erhebt sich die Frage, ob die DDR die Chance nutzte, sich auf eigener Grundlage zu entwickeln und den Sozialismus attraktiver und effektiver zu gestalten.

EIN HISTORISCHES EREIGNIS

Klaus Schlesinger, einer der unangepassten DDR-Schriftsteller, erinnerte sich noch Jahrzehnte später: «Die Wochen, die Monate nach dem 13. August sind mir als eine Zeit äußerster Anspannung in Erinnerung. Wir lebten wie im Fieber. Kein Gespräch, weder auf der Arbeit, in der Kneipe, noch zu Hause, das nicht von der Mauer beherrscht war. Sätze wie: Das geht nicht auf Dauer. Denkt doch nur an die Familien! – In der ersten Zeit liefen wir jeden Tag an die Grenze und winkten über die provisorische Absperrung und die Köpfe der Bewacher hinweg unseren Verwandten zu. Eine Demonstration. Jeden Tag wieder. Dann sperrte die Volkspolizei die letzten einhundert Meter vor der Sektorengrenze mit einem Seil ab, und hindurch kam nur noch, wer in Grenznähe wohnte. Das Gefühl in dieser Zeit: Zorn – im Wechsel mit Melancholie. Das Herz schrie, der Kopf ahnte Zusammenhänge. Der Ton dieser Zeit: Trotz. Auch Sarkasmus. Einmal, in einer

Gewerkschaftsversammlung, als ein Funktionär auf die bedrohliche Lage auch im Innern hinwies, sagte ich betont lässig, er solle sich nicht aufregen, die Leute gewöhnten sich an alles, und nach einem halben Jahr würde niemand mehr davon sprechen. – Ich sah in erstaunte Gesichter; einige lachten unsicher. Natürlich glaubte ich nicht daran, hielt Sarkasmus aber für eine subversive Tat.»¹

Er gehörte damals zu jenen DDR-Bürgern, die ob der drastischen Problemlösung mittels Mauerbau ihren Staat verachteten. Und doch hat er sich, wie die meisten seiner Landsleute, die diesen Staaten liebten oder verfluchten, «gewöhnt». Ihm und ihnen ging es genauso wie den 1961 protestierenden westlichen Politikern, die nur noch in ihren Sonntagsreden sich einer Grenze, eines Bauwerkes erinnerten, das vielfäl-

¹ Klaus Schlesinger: Von der Schwierigkeit, Westler zu werden. Berlin 1998, S. 14/15.

tige Namen auf sich vereinte oder vereint haben soll: «Mauer, Schandmauer, Blutmauer, Kerkermauer, «KZ»-Mauer, «KZ»-Wand, Ulbrichtmauer, GULag-Wall, SED-Mauer, Todeszone, bolschewistische Mordgrenze, Sprüchewand, Pisswand».² Kräftige Worte entsprachen dem Zeitgeist. Die einen wurden als «Pankower Machthaber» und «Satelliten Moskaus» verunglimpft. Die ließen sich nicht lumpen, und sahen in der BRD mit ihren nicht wenigen aus der Nazizeit stammenden Eliten den wiederauferstandenen faschistischen Staat. Für die DDR war es der «antifaschistische Schutzwall», für alle Seiten aber die Betonierung einer Grenze zwischen zwei halben Städten, zwei Staaten und vor allem zwei Militärblöcken und Gesellschaftssystemen. Die Spaltung Deutschlands und der Welt in zwei feindliche Blöcke war nun durch eine Betonmauer manifestiert, nicht durch den theatralischen «Eisernen Vorhang», den 15 Jahre zuvor Winston Churchill beschwor. Die Errichtung der Mauer sollte das Ausbluten des einen Staates verhindern und damit die latent existierende Gefahr einer Veränderung der Grenzen der europäischen Nachkriegsordnung verhindern. Konnten die Zeitgenossen noch auf die Vergänglichkeit dieser Mauer hoffen, so ja die Erfahrungen mit der Berlin-Blockade von 1948, den Grenzsicherungen im Juni 1953 oder bei Geldumtauschaktionen in den 1950er-Jahren, so sollte sich dieses Bauwerk gerade so haltbar erweisen wie das System, das es schützen sollte.

Die Welt, auch der Westen als Hort von «Freiheit und Demokratie» gegen den totalitären Osten, war 1961 müde ob der deutschen Unwägbarkeiten. Allein für die politische Verantwortlichen der Bundesrepublik und Westberlins war dieser Sinneswandel nur bedingt nachzuvollziehen, auch wenn sie sich in jenen Augusttagen, aus dem Schlaf gerissen nach lauten Protestworten, wieder in den damaligen bundesdeutschen Wahlkampf verabschiedeten und Vizekanzler Ludwig Erhard sich aufmachte, «nicht um gegen Moskau, sondern um gegen die SPD zu Felde zu ziehen»³. Resignierend fasste der Spiegel die politischen Reaktionen zusammen: «Die Eindämmung der Massenflucht aus Chruschtschows ostdeutscher Satrapie war denn auch das wichtigste Thema der Pariser Außenministerkonferenz ... Erst acht Tage später enthüllte der amerikanische Christian Science Monitor, dass die ketzerischen Äußerungen des US-Senators Fulbright über eine Sperre der Fluchtwege «vollständig mit den politischen Absichten aller westlichen Regierungen übereinstimmen». Fulbright hatte im US-Fernsehen erklärt: «Wir haben nicht das Recht, von ihnen (den Sowjets) zu verlangen, dass Flüchtlinge (aus Berlin) herauskommen dürfen.»

«Die westlichen Außenminister wünschten in Paris übereinstimmend», resümierte das gut informierte Bostoner Blatt, «dass irgendein Weg gefunden werden möge, die Ostdeutschen zum Ausharren in Ostdeutschland zu bewegen, weil ihre Flucht die größte unmittelbare Gefahr für den Frieden darstellt.» ... 24 Stunden nach Erscheinen dieses Berichts war das von Chruschtschow offerierte Mittel bekannt, über dessen Anwendung der Sowjetpremier in seinem Gespräch mit McCloy keinen Zweifel gelassen hatte. Die Westmächte hüteten sich nur aus Rücksicht auf die Gefühle ihres westdeutschen Verbündeten, Eifer und Dankbarkeit allzu offensichtlich zu bekunden ...

Mehr noch als diese diplomatische Behutsamkeit bestätigte die Wochenend-Betätigung der westlichen Staatsmänner, wie wertvoll die Informationen McCloys für die atlanti-

schen Mächte gewesen waren. Der nächtliche Aufmarsch von DDR-Panzern in und um Berlin vermochte die Ferienruhe der Nato-Potentaten nicht zu stören; sie waren offensichtlich vorbereitet:

- US-Präsident Kennedy sah keinen Anlass, überstürzt sein Wochenende in Hyannis Port abzubrechen.
- Frankreichs Staatspräsident de Gaulle erholte sich ungestört auf seinem Landsitz in Colombey-les-Deux-Eglises.
- Britanniens Premier Macmillan und sein Außenminister reisten am Tag nach Torschluss zur Rebhuhnjagd.
- Nato-Generalsekretär Dirk U. Stikker war in Urlaub, als der Ständige Atlantikrat beschloss, die weiteren Ereignisse in Berlin «mit Wachsamkeit zu beobachten».

Auch Sowjetpremier Chruschtschow kehrte nach dem Gewaltakt in Berlin für drei Wochen in seine Datscha am Schwarzen Meer zurück, nachdem er den westlichen Botschaftern im großen Kremlsaal versichert hatte: «Meine Herren, ich glaube, es gibt keinen Krieg.»⁴

Die Ereignisse von 1961 sind heute ferne Geschichte, ihre Geheimnisse lange enthüllt und waren – wenn alte Zeitungsartikel herangezogen werden – auch damals kein wirkliches Geheimnis.⁵ Die Emotionen kochten in Westberlin hoch, hier war die Bedrohung am spürbarsten, dorthin flüchteten auch noch während der Grenzsicherungen verzweifelte DDR-Bürger. Die meisten ihrer ostdeutschen Landsleute blieben daheim, manche resignierend, sich gewöhnend, nicht wenige zufrieden, dass endlich etwas getan wurde, den anormalen Zustand einer ausblutenden DDR mit ihren Flüchtlingen, ihren Grenzgängern, mit schmuggelnden Spekulanten beendet zu sehen. So klar der historische Fakt ist, so nachdrücklicher bleibt der Dauerbrenner der politischen Auseinandersetzung um die DDR. Der andere deutsche Staat ist im öffentlichen Bewusstsein so einfach zu skizzieren, wenn drei Daten in Erinnerung gerufen werden: der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, der 13. August 1961 und der 9. November 1989, als die Mauer geöffnet und das letzte Jahr der DDR eingeläutet wurde. Immer war Berlin im Brennpunkt, immer ging es um den unge-

² Gefunden bei <http://www.berliner-mauer.de/index.html> (15. Mai 2011 19:29). ³ Schlaf der Gerechten. In: Der Spiegel. Hamburg. H. 35/1961, S. 15/16. ⁴ Baden gegangen. In: ebd., S. 44. J. William Fulbright war einflussreicher Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats; John McCloy, früherer US-Hochkommissar in Deutschland, war zu diesem Zeitpunkt Sonderberater für Abrüstungsfragen des US-Präsidenten. ⁵ Aus der umfangreichen Literatur zu unterschiedlichen Aspekten des Themas siehe u.a.: George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997; Klaus-Dieter Baumgarten/Peter Freitag (Hrsg.): Die Grenzen der DDR Geschichte, Fakten, Hintergründe. Berlin 2005, 2., korr. A.; Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft in der DDR. Berlin 2005; Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. München 2011; Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. München 2011; Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin 2002; Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Der Mauerbau. Krisenverlauf – Weichenstellung – Resultate. Berlin 2001; Siegfried Prokop: Unternehmen «Chinesische Wall». Die DDR im Zwielicht der Mauer. Frankfurt/M. 1993, 2., überarb. u. erw. A.; Jürgen Ritter/Peter Joachim Lapp: Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk. Berlin 2007, 6., akt. u. erw. A.; Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963. München 2001; Frederick Taylor: Die Mauer 13. August 1961 bis 9. November 1989. Bonn 2009; Matthias Uhl/Armin Wagner (Hrsg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer Eine Dokumentation. Schriftenreihe der Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte Bd. 86. München 2003; Hendrik Thoß (Hrsg.): Europas Eiserner Vorhang. Die deutsch-deutsche Grenze im Kalten Krieg. Berlin 2008; Heiner Timmermann (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik. Münster 2001; Matthias Uhl: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008; Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006; Edgar Wolfrum: Die Mauer Geschichte einer Teilung. München 2009. Wichtige Dokumente und andere Informationen finden sich auf einigen Internetpräsenzen, hervorzuheben sind: Cold War International History Project/The Woodrow Wilson International Center for Scholars – http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=topics.home; Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V./ Bundeszentrale für politische Bildung/Deutschlandradio: Chronik der Mauer – <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Home/Index>.

hinderten Weg zwischen Ost und West, immer ging es um die von den DDR-Machthabern ausgehende Gewalt, die diesen freien Weg für Menschen und Gedanken verhindert.

Unübersehbar ist die Kluft zwischen notwendiger Erklärung eines Umstandes und den politischen Zwängen und Ängsten, die einst die politischen Akteure in Ost wie West umtrieb. Die politisch-moralische Wertung ist aus gegenwärtiger Sicht auch für Linke einfach, wie schon 2001 der Parteivorstand der PDS klarstellte: «Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen.»⁶

Historiker werden sich mit solchen Erklärungen nicht zufrieden geben können. Sie haben nach historischen Ursachen, Interessenlagen, dem Wissen und den Ängsten der politisch Verantwortlichen wie der einfachen Leute, der Parteiführer in Berlin und Moskau wie der westlichen Staatsmänner, der sich für ihren Staat und ein normales Leben einsetzenden DDR-Bürgern, wie denjenigen, die mit dem Sozialismusversuch nichts anzufangen vermochten, weil er ihnen ihre persönliche Freiheit beschnitt, auseinander zusetzen. Linke Politiker brauchen moralische Entrüstung und politische Distanzierung. Wenn Linke eine neue Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen wollen, werden sie gut beraten sein, sich jenseits von Emotionen und Zeitgeist mit diesen Irrwegen und auswegslosen Situationen genau zu beschäftigen.

LETZTER AUSWEG GRENZSCHLISSUNG

Als in den Abendstunden des 12. August 1961 Walter Ulbricht als Staatsratsvorsitzender, 1. Sekretär des SED-ZK und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates den Mitgliedern seines Staatsrates, darunter den Vorsitzenden der Blockparteien, die Entscheidung über die Schließung der Grenze zu Westberlin formell vorlegte, war ein erbarmungsloser Krisenprozess an seinem Höhepunkt angekommen. Mit dem malerischen Schorfheide-Blick von Ulbrichts Staatsratscha kontrastierte die angespannte politische und wirtschaftliche Lage des Landes. Für die politisch Verantwortlichen der DDR war einleuchtend: Wenn sie ihren Staat erhalten und an ihren Zielen für eine bessere Gesellschaft festhalten wollten, dann mussten sie handeln.

Die Fluchtzahlen explodierten. Sie stiegen von Juni 1961 mit 19.198 auf 30.415 im Juli. Im August zählten die bundesdeutschen Behörden sogar 47.433 Personen. Die massenhafte Stärkung der BRD durch qualifizierte Kräfte war deren Plus: «Arbeitsmäßig begegne eine schnelle Eingliederung der Flüchtlinge bei der starken Nachfrage nach Arbeitskräften keinerlei Schwierigkeiten, zumal die gesunde Altersstruktur der Flüchtlinge – und die Tatsache, dass sich unter den Flüchtlingen 60,7 % Erwerbstätige (Durchschnitt BRD: 48,8 %) befanden – deren rasche Unterbringung an den offenen Arbeitsplätzen noch begünstige.» Allerdings: «Nicht immer und nicht überall sei jedoch eine uneingeschränkte Hilfsbereitschaft bei der räumlichen Unterbringung der Flüchtlinge zu verzeichnen.»⁷

Das konnte die DDR-Verantwortlichen nicht trösten. Sie wussten, dass für die BRD diese Fluchten politisch wie wirtschaftlich interessant waren. Aus Bonner Sicht wechselten ja deutsche Staatsbürger nur ihren Wohnort. Schon früh, 1950,

war das Verfahren bundeseinheitlich durch das Notaufnahmegesetz wohl geregelt. Es garantierte die Aufnahme für «deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige» aus dem Osten, knüpfte Förderung an die Anerkennung politischer Verfolgung – «drohende(r) Gefahr für Leib und Leben, für die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen» – und regelte Aufnahmeverfahren, Flüchtlingslager und Kontingente für die einzelnen Bundesländer.⁸

Die 50.000–60.000 Grenzgänger nutzten den Vorteil der nichtkonvertierbaren DDR-Währung und der oft subventionierten Verbraucherpreise ebenso aus wie die zahlreichen Grenzschnuggler aus beiden Stadthälften. Sie verschoben hochwertige Konsumgüter – von fetten Gänsen bis zu exquisites Carl-Zeiss-Jena-Optiken – illegal in den Westen. In Westberlin wurde offenkundig politisch gesteuert mit der DDR-Mark spekuliert. An privaten Wechselstuben hinter der offenen Grenze waren für eine D-Mark West leicht 4 oder 5, in den Hochzeiten auch 8 Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, d. h. DDR-Mark, zu bekommen. Normale Grenzkontrollen konnten den massiven Warenabfluss nicht aufhalten. Milliardenverluste waren für die DDR garantiert.

Diese rechtlichen Regelungen und ihre Übernahme auch für Westberlin sicherten gemeinsam mit dem Lastenausgleichsgesetz die Integration der Flüchtlinge. Das betraf seit Mitte der 1950er-Jahre auch jene, die zuvor nur als Wirtschaftsflüchtlinge behandelt und benachteiligt wurden. Beschaffung von Hausrat und Wohnraum wurden ebenso unterstützt wie die berufliche Eingliederung. Den Propagandawert gab es umsonst dazu.

Die Massenfluchten beeinträchtigten alle gesellschaftlichen Bereiche erheblich. Politische Überzeugungsarbeit und materielle Verbesserungen hatten keineswegs verhindert, dass nicht wenige – und gerade jüngere, qualifizierte und leistungsfähige DDR-Bürger in Richtung Westen schauten und in enger Wechselwirkung mit politischen Verschärfungen und wirtschaftlichen Verschlechterungen auch bereit waren, das Land zu verlassen. Das Spektrum der Gründe war der DDR wohl bekannt – von in der BRD liegenden wirtschaftlichen und Konsumhoffnungen bis zur Ablehnung des politischen Systems. In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zur Gründen für Republikflucht war schon 1958 zu lesen: «Im allgemeinen wurde durch unsere Staatsorgane festgestellt, dass die Gründe der Republikflucht in der überwiegenden Mehrzahl persönlicher Art sind und nur in der Minderheit es sich um rein politische Motive handelt.

⁶ Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit. Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001 vom 13. Juli 2001 – http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=3340 (22. April 2011 22:04); siehe neuerdings: Zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE. 14. Juni 2011. Berlin – <http://www.die-linke.de/partei/weiterstrukturen/berufene-gremien/historische-kommission/erklarungen-und-stellungnahmen/zum-50-jahrestag-des-baus-der-berliner-mauer/> (10. Juli 2011 6:44) – auch abgedruckt in: Neues Deutschland. Berlin, vom 9./10. Juli 2011. ⁷ 156. Kabinettsitzung am 16. August 1961 TOP 2: Flüchtlingssituation in Berlin und in der Bundesrepublik 7 («Kabinettsprotokolle der Bundesregierung» online) – http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/kk/1961k/Datei/rf-k1961k-0000517061.rtf/A156_Kabinettsitzung_am_16_August_1961_TOP_2_Fluechtlingssituation_in_B.rtf (12. Mai 2011 19:56). In einer Fußnote des Bundesarchivs wird unter Bezug auf die Geschäftsstatistiken der Bundesnotaufnahmeverfahrens die exakte Flüchtlingszahl ausgewiesen. ⁸ Siehe Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet. Vom 22. August 1950. In: Bundesgesetzblatt. Jahrgang 1950. Nr. 36 vom 26. August 1950, S. 367–368 – dokumentiert in: Hans Georg Lehmann (Hrsg.): D-DOK. Deutschland-Dokumentation 1945–2004. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales (DVD). Bonn 2004 (im Weiteren: D-DOK), Dok.-S. 1. Zur Praxis siehe ausführlich Bettina Effner/Helge Heidemeyer (Hrsg.): Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Berlin-Brandenburg 2005.

Bei den Fluchtgründen persönlicher Art handelt es sich im allgemeinen um:

- a) den Wunsch nach wirtschaftlicher Verbesserung, Unzufriedenheit auf der Arbeitsstelle u.ä.;
 - b) private Gründe – wie Übersiedlung, Nachreisen zu anderen bereits im Westen wohnenden Familienangehörigen oder Verwandten, Ehestreitigkeiten usw.;
 - c) fachliche Mängel in der Arbeit, disziplinarische oder moralische Vergehen, welche mit einer Herabsetzung in der Stellung oder mit dem Wechsel der Arbeitsstelle verbunden sind;
 - d) Furcht vor Strafe nach Begehen einer strafbaren Handlung.
- Bei den Fluchtgründen politischer Art handelt es sich im allgemeinen um:

- a) Auftreten gegen die bestehenden politischen Verhältnisse in der DDR;
- b) fühlen sich persönlich «verfolgt» oder befürchten eine Verhaftung aus politischen Gründen;
- c) Ablehnung der politischen Arbeit;
- d) Tätigkeit gegen die DDR für feindliche Dienststellen und Organisationen ...»⁹

Der Wirkungen der feindlichen Propaganda wurde zugeschrieben, dass diejenigen, die den Weg in den Westen wählen, dort «nicht vorhandene «Freiheiten» erwarten, «das Leben schöner und leichter ist, Gegenstände des täglichen Bedarfs in weit größerer Auswahl vorhanden und für den einfachen Menschen leichter zu beschaffen sind, usw.»¹⁰ Die Autoren des MfS-Berichts mussten einschätzen: «Die hohen Ziffern der Republikflüchtigen zeigen auch ganz klar, dass der Unglaube an die Kraft der Arbeiterklasse und an die Perspektiven des Sozialismus bei einem großen Teil der Bevölkerung der DDR noch vorhanden ist.»¹¹

Diese Situation veränderte sich in den nächsten Monaten und Jahren nicht, sondern verschärfte sich angesichts der mit Druck vollzogenen LPG-Bildung im «sozialistischen Frühling» 1960 ebenso wie mit der verschärften ideologischen Ausrichtung etwa des Bildungswesens. Die DDR geriet in eine akute Wirtschaftskrise ob des stetigen Abflusses qualifizierter und leistungsfähiger Arbeitskräfte. Das veranlasst den Historiker Jörg Roesler zur Einsicht, «was dem einen deutschen Staat an Menschen durch die «Republikflucht» verloren ging, bedeutete für den anderen Gewinn». ¹² Dieser Zufluss an «Humankapital» war zumindest in der zweiten Hälfte der 1950er und der beginnenden 1960er-Jahre ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die BRD, die trotz der bereits seit 1955 beginnenden Orientierung auch auf südeuropäische Arbeitskräfte die Vorteile der Deutschen «von drüben» nicht missen wollte: «besser ausgebildet als die potenziellen Zuwanderer aus dem Süden und von den Arbeitern der Bundesrepublik nicht durch eine kulturelle und sprachliche Barriere getrennt. Während ungeachtet des Regierungsabkommens die Zahl der italienischen Arbeitskräfte bis 1960 gerade einmal die Viertelmillion überschritt, strömten seit 1955 (mit Ausnahme 1959) 200.000 bis 300.000 Ostdeutsche jährlich in den Westen. Während die Regierungen und Medien auf beiden Seiten die Wanderungsbewegung allein politisch interpretierten als «Republikflucht» oder «Abstimmung mit den Füßen», handelte es sich bei der Mehrzahl der «Zonenflüchtlinge» um Personen, die von den beiden konkurrierenden Wirtschaftssystemen auf deutschen Boden dem westlichen eine bessere Chance einräumten. Wer kam, fand rasch Arbeit und bald auch guten Verdienst.»¹³ Erst die Zuspitzung der Konfronta-

tion im Herzen Deutschlands und die absehbare Unterbindung dieser von der DDR ungewollten «Bluttransfusion» für die westdeutschen Unternehmen ließ deren Personalpolitik langsam umschwenken.

KRIEG ODER FRIEDEN?

Die Alternativen für die DDR waren 1961 überschaubar. Das Eingeständnis, den Kampf um Sozialismus als gescheitert anzusehen war von Kommunisten Leninscher und Stalinscher Schule nicht zu erwarten. Natürlich wussten sie um die Notwendigkeit von Mehrheiten, aber sie verstanden dieses Ringen mit dem inneren wie äußeren Klassenfeind als einen langfristigen Prozess, in dem erst einmal die Bedingungen für einen Wettstreit um die besseren Argumente und Leistungen hergestellt sein mussten. Angesichts massiver Westpropaganda, tatsächlicher und vermeintlicher Untergrundtätigkeit und materiellen Verlockungen konnte dies nicht nach 12 Jahren DDR entschieden sein. Für sie war gleichwohl eines nicht hinterfragbar: Die Macht, einmal erobert, würde nicht wieder abgegeben werden. Das Risiko für die Führungskräfte wie für die kommunistischen Parteigänger war nach den Erfahrungen des Kalten Kriegs – von der Zeit des Faschismus ganz zu schweigen – viel zu groß. 1961 war die Lage keineswegs so abgeklärt wie sie sich dann 1989/90 darstellte. Der Hass gegen diejenigen, die die geheiligten kapitalistischen Eigentumsverhältnisse abschaffen wollten war ungebrochen. Entsprechend reagierten Kommunisten, wenn sie bedroht waren. 17. Juni, Ungarn, aber auch Korea, Guatemala, der Iran, damals ganz aktuell Kuba, Laos, Kongo und Vietnam zeigten, dass der Kalte Krieg auch dann Opfer forderte, wenn westliche Demokratien erfolgreich waren. Nur 16 Jahre nach der Vernichtung des Faschismus, aber eben auch nach den Erfahrungen mit dem Verbot der KPD und der Verfolgung von 100.000 KPD-Sympathisanten in den 1950er-Jahren befürchteten führende Funktionäre in der SED wie die Mehrzahl der Parteimitglieder und nicht wenige loyale Bürger, dass eine Niederlage auch jenseits eines bewaffneten Konflikts Folgen für die persönliche Freiheit und wohl auch das Leben der Staatsnahen haben könnte.

Mit der Bonner Regierung gab es wegen deren Starrköpfigkeit keine Gesprächsmöglichkeit. Es war ernst gemeint, wenn die SED immer wieder auch westdeutsche Arbeiter für eine einvernehmliche Lösung der Probleme des gespaltenen Landes mit ins Boot nehmen wollte und von der Basis her auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie als Partner gewinnen wollte. Wenn nicht, so die Überzeugung der SED-Führung, wie ihrer Verbündeten – und, bei Blick in die westlichen Entscheidungsrunden auch dort, stand die Gefahr eines Kriegs im Raum – mit allen zu erahnenden Konsequenzen. Für die SED wäre dies die gefährlichste Alternative, der «Weg in den Krieg»: «Einer der deutschen Staaten versucht, den anderen gewaltsam zu erobern. Das ist gleichbedeutend mit einem furchtbaren Bruderkrieg, mit einem Krieg, in dem deutsche

⁹ Einschätzung der Gründe für die Republikfluchten durch das MfS vom 7. August 1958 (Auszug) – BstU, ZA, AS 109/65. Bd. 10, Bl. 6–8. Faksimile in: Bernd Eisenfeld/Roger Engemann: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Berlin 2001, 2. durchges. u. korrr. A., S. 23. ¹⁰ Ebd. ¹¹ Ebd. ¹² Jörg Roesler: Die DDR und das Humankapital. Die offene Grenze: Wachstumsbremse (Ost) und Wachstumsstimuli (West). In: Neues Deutschland. Berlin, vom 11./12. August 2001, Beilage S. 4. ¹³ Ebd.; ausführlicher zu den Fluchtgründen siehe u.a. ders.: «Rübermachen». Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Beziehungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961. hefte zur ddr-geschichte. H. 85. Berlin 2004.

Arbeiter gegen deutsche Arbeiter, deutsche Bauern gegen deutsche Bauern, deutsche Bürger gegen deutsche Bürger kämpfen und der einen atomaren Weltkrieg auslösen würde, über dessen Folgen unter uns wohl keine Zweifel bestehen. Das ist die Politik der gegenwärtigen Bonner Regierung, die unter der Losung der «Befreiung» einen Bruderkrieg und Revanchekrieg plant, wenn ihr Versuch der Erpressung mit Hilfe der Atomwaffen zu keinem Erfolg führt ...

Das Kräfteverhältnis in der Welt ist – für jedermann sichtbar – heute so, dass eine Machtergreifung der westdeutschen «Militaristen in ganz Deutschland ein für allemal ausgeschlossen ist, Blitzkrieg wäre Blitzselbstmord. 1960 ist nicht 1933.»¹⁴ Jenseits aller damals illusionären Hoffnungen angesichts der bundesdeutschen Situation und des militanten, durch die SED-Politik immer wieder mit Argumenten versorgten Antikommunismus auch der SPD, blieb also nur die Alternative, diese DDR irgendwie am Leben zu erhalten. Idealerweise dadurch, dass es endlich gelang, nicht nur Nikita Chruschtschows Traum zu verwirklichen, «derartige Bedingungen in Deutschland zu schaffen, dass die DDR ein Schaufenster würde, in dem die westliche Welt ein attraktives Arrangement moralischer, politischer und materieller Errungenschaften sehen und bewundern könnte»¹⁵.

Schlichter formuliert konnte gelten, dass für viele DDR-Bürger der Sozialismus nicht funktionierte, seine materiellen und politischen Beschränkungen ihn nicht für sie attraktiv machten. Die Bundesrepublik und das nach den Grenzsicherungsmaßnahmen von 1952 noch offen gebliebene Schlupfloch Westberlin ermöglichten ihnen relativ risikoarm diese Entscheidung gegen die DDR, obschon seit 1957 gesetzliche Regelungen diesen Wohn- und Arbeitsortwechsel als Republikfluchten unter strenge Strafe stellten. Dabei begünstigten allein die Tatsache der zunehmenden Bewegungseinschränkungen für DDR-Bürger und das Wissen um mögliche Strafen verbunden mit den Verlockungen eines freieren Lebens in Westdeutschland oft die Entscheidung gegen die DDR. Eine Arbeitsgruppe des SED-ZK-Apparates musste im Sommer 1961 bei einer Untersuchung in Halle konstatieren. «Nicht selten ist die Angst vor einer Strafe Anlass zur Republikflucht. Dabei ist charakteristisch, dass die zu erwartende Strafe nicht hoch gewesen wäre.» Ursachen für die Entscheidungen wurden im subjektiven Versagen der Verantwortlichen in den Staatsorganen und der Wirtschaft festgemacht, die «durch herzloses, bürokratisches Verhalten, Nichtbeachtung persönlicher Schwierigkeiten ... diese Unzufriedenheit» verstärken. Im gleichen Atemzug wurde aber ferner die vermeintliche leichte Manipulierbarkeit von DDR-Bürgern, auch gerade Jugendlichen, durch den Klassenfeind herausgestellt. «Abenteuerlust und Sucht nach Veränderungen ist eine vielfache Ursache der Republikflucht bei Jugendlichen. Ein großer Einfluss erfolgt dabei durch die eingeschleuste Schundliteratur, Abhören westlicher Rundfunksender, Verbindungen mit Film- und Jazzclubs, Sender Luxemburg u.a. sowie bestehende Cliquen von Jugendlichen, die sich mit bestimmten «Hobbys» befassen. Die Abenteuerlust wird vielfach auch durch solche Bemerkungen älterer Kollegen genährt, die sagen: «Als ich so jung war wie du, hab ich mir erst einmal die Welt angesehen.»¹⁶ Im Sommer 1961 sah sich die DDR-Führung in enger Absprache mit den Verbündeten und der Moskauer Führungsmacht außerstande, diesen Entwicklungen durch Kurskorrekturen und wirtschaftlichen Verbesserungen noch gegenzu-

steuern. Trotz aller Hilfen aus der Sowjetunion und seitens der anderen Verbündeten konnte die DDR nicht so wirtschaftlich gestärkt werden, dass eine Wende möglich war. Zudem mauerten die Verbündeten. Chruschtschow musste Ulbricht am Beispiel des polnischen 1. Parteisekretärs Władysław Gomułka deren Vorbehalte eingestehen: «Die Deutschen leben besser als wir. Ich stimme ihm zu und sage dennoch: Es muss geholfen werden. Wir werden natürlich über ihn (Ulbricht) schimpfen – nicht ins Gesicht, sondern hintenrum, wie es sich unter «guten Freunden» gehört, aber wir werden ihm Hilfe geben.»¹⁷

Schon Monate zuvor hatte Ulbricht bei Chruschtschow klagen müssen: «Die Situation in Berlin ist kompliziert, ist nicht zu unseren Gunsten schwierig geworden. Westberlin ist ökonomisch stärker geworden. Dies ist in die Tatsache zu sehen, dass ungefähr 50.000 Werktätige aus Ostberlin jetzt noch in Westberlin arbeiten. So geht ein Teil der qualifizierten Arbeitskräfte in Westberlin arbeiten, da es dort höhere Gehälter gibt ... Die Situation mit der Intelligenz ist auch nicht vorteilhaft. Zum Beispiel bekommen Lehrer im Westen 200–300 Mark mehr als im Osten. Ärzte erhalten dort das Doppelte von dem, was sie hier bekommen. Zusätzlich erhalten sie, wenn sie nach Westdeutschland gehen, dort einmalige Zuschüsse. Alle diese Umstände haben Einfluss auf den weniger politisch bewussten Teil der Intelligenz. Warum erhöhen wir nicht unsere Gehälter für diese Kategorie von Personen? Zunächst wir haben nicht die Mittel. Zweitens, selbst wenn wir ihr Gehalt erhöhen, könnten wir ihren Kaufbedürfnisse nicht mit den bei uns vorhandenen Waren zufrieden stellen, sie würden die Sachen mit diesem Geld in Westberlin kaufen.»¹⁸

Wirtschaftlich war also kurzfristig eine politische Stabilisierung nicht zu erreichen. Der Ausweg war nur noch die militärische Unterbindung der Fluchten. Nach der politischen Entscheidung in Moskau lief die eigentliche Operation wie am Schnürchen. Die Sowjetunion schickte einen ihrer erfahrensten Feldherrn in die DDR, der den Oberbefehl über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland im Lande, faktisch aber auch über die DDR-Kräfte übernahm. Marschall der Sowjetunion Iwan Konew hatte einst den Sturm auf Berlin mitorganisiert und war als Oberkommandierender der Warschauer Vertrags-Truppen 1956 militärisch verantwortlich für die Operation Wirbelsturm zur Niederwerfung der ungarischen Aufständischen.

Eine der gängigen Betrachtungen der Ereignisse um den 13. August 1961 hebt hervor, dass der Mauerbau vor allem ein Beitrag zur Friedenssicherung zumindest in Europa war:

¹⁴ Der Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des Zentralkomitees an die Arbeiter-schaft Westdeutschlands (17. April 1960). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariat. Bd. VIII. Berlin 1962, S. 105/106. ¹⁵ Chruschtschow erinnert sich. Hrsg. von Strobe Talbott. Reinbek bei Hamburg 1992, S. 427 – vgl. Michael Lemke (Hrsg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg. Köln-Weimar-Wien 2006. ¹⁶ Ursachen der Abwanderung: Bericht einer Brigade der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, 24. Mai 1961. In: Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961. München-Zürich 1993, S. 388. ¹⁷ Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N. S. Chruschtschow mit Genossen W. Ulbricht am 1. August 1961. In: Welt online. Berlin, vom 30. Mai 2009 – <http://www.welt.de/politik/article3828831/Das-Gespraech-zwischen-Ulbricht-und-Chruschtschow.html> (2. Juni 2010 20:58). ¹⁸ Record of Meeting of Comrade N. S. Khrushchev with Comrade W. Ulbricht. Date: November 30, 1960. Source: Russian Ministry of Foreign Affairs Archives, Fond 0742, Opis 6, Por 4, Papka 43. Unofficial Translation by Hope Harrison. In: Ulbricht and the Concrete «Rose»: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961. CWIHP (Cold War International History Project) Working Paper No. 5 (1993). Author: Hope M. Harrison, p. 69 (Übersetzung – St.B.) – <http://www.wilson-center.org/topics/pubs/ACFB81.pdf> (22. April 2011 21:44).

«Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben».¹⁹ Krieg war zunächst die ultima ratio der antikommunistischen Strategie der USA und ihrer Verbündeten, die sie mit dem Übergang zur Rollback-Politik gegen die «kommunistische Bedrohung» seit Beginn der 1950er-Jahre verkündet hatte. Im Unterschied zu eher allgemeinen weltrevolutionären Tendenzen kommunistischer Politik sollte es hier handfest und jenseits sozialer Kämpfe um eine militärische Lösung des Problems gehen. Gegen die «rote Gefahr» half nur die rigide Unterdrückung möglicher «5. Kolonnen» im eigenen Land, was die USA selbst in der McCarthy-Ära bis zum Exzess gegen Kommunisten, Sympathisanten und vorrangig kritische Intellektuelle betrieben. In den westlichen Metropolen wirkte zuvörderst die BRD mit ihrer Kommunistenhatz musterschülerhaft mit. Entscheidend war jedoch das Versprechen, den Kommunismus zu schlagen und eine Befreiung der von ihm unterdrückten Völker zu bewerkstelligen. Dass der alte Militär und nunmehrige US-Präsident Dwight D. Eisenhower (bis Januar 1961) dies meist nicht wörtlich nahm und sehr wohl die Risiken sorgfältig abwog, mussten spätestens die ungarischen Aufständischen 1956 erfahren. Nur, an der grundsätzlichen und offiziellen Drohung und damit der potentiellen Gegenreaktion der anderen Supermacht änderte dies nichts. Dank der gegnerischen Propaganda über Radio Free Europe, Radio Liberty, RIAS und tausender Propagandaballons, wohl noch mehr dank der eigenen exzellenten nachrichtendienstlichen Durchdringung des westlichen Widerparts mussten Moskau und Berlin mit dem Schlimmsten rechnen. Zwischentöne waren da kaum relevant. Des weiteren barg jenseits dieser großen Bedrohungslage aus dem Geiste der System- und Blockkonfrontation heraus das ungelöste Deutschland- und Berlin-Problem Risiken, die diese ideologischen Unverträglichkeiten berührten. Nichtsdestoweniger konnten sie eine eigene tödliche Dynamik entwickeln. Wenn für die Sowjetunion und die DDR das Berlin-, richtiger das Westberlin-Problem so überragende Bedeutung hatte, dann war die Veränderung der Situation um und in Westberlin nur konsequent. Ob dies nun die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt oder die Einführung von Grenzkontrollen seitens des sowjetischen Militärs respektive von als deren «Agenten» agierenden DDR-Grenzern bedeutete oder gar die Kontrolle des Luftverkehrs nach (West-) Berlin – all dies musste für die Westmächte als fait accompli wirken. Die militärischen Pläne des Westens wurden bereits diskutiert, vom Vorstoß eines Bataillons nach Westberlin über Grenzscharmützel und breiter Offensive unter symbolischem oder gar massivem Kernwaffeneinsatz war alles vorbereitet. Aber auch der Osten präparierte sich.

Bei dem schließlich gescheiterten Wiener Gipfel Chruschtschow-Kennedy im Juni 1961 fielen viele harte Worte. Der seit Januar amtierende US-Präsident hatte schlechte Karten. Die Sowjetunion konnte mit dem ersten bemannten Raumflug aufwarten, d.h. sie besaß Raketen, die auch die USA treffen konnten. Überdies hatte der im Amt unerfahrene Mann aus dem Weißen Haus sich gerade bei der von der CIA geführten Landung von Exil-Kubanern in der Schweinebucht blamiert. Denn das kleine Kuba hatte widerstanden und gesiegt. Da lag es nahe, auch in Europa und anderswo den USA die Grenzen aufzuzeigen.

Der sowjetische Standpunkt zu Westberlin war unmissverständlich: «Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun,

dass keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht.»²⁰ Es wurde viel über Freiheit, Souveränität, Symbolik und einen Friedensvertrag mit Deutschland geredet. Letztlich ging es darum, die Machtverhältnisse zwischen den Blöcken zu wahren. Kennedys Gegenworte waren deshalb – unabhängig von den weiteren verbalen Schlagabtauschen während des Treffens grundlegend: «Wenn wir jetzt plötzlich einer Preisgabe dieser Verpflichtungen in Deutschland zustimmen, so wird niemand mehr den USA Glauben schenken, und das würde eine Gefahr für unsere Sicherheit heraufbeschwören. Denn wenn man uns aus Westberlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben. Diese Frage berührt folglich nicht nur die Interessen der USA, sondern die Interessen ganz Westeuropas.»²¹ Hier ging es um seinen Job als US-Präsident und um die Supermacht USA.

In seine Ausführungen flocht er schließlich auch jene bereits seit Monaten in der Luft liegende Kompromissformel ein, nach der der Streit ja nur um Westberlin gehe und andere Schritte der östlichen Seite deren innere Angelegenheit wären: «Ich bitte Sie jedoch, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Abschluss eines Friedensvertrages und der Frage unseres Zugangs und unserer Rechte in Westberlin.»²² Der Gipfel endete ohne Kompromiss, Kennedy unkte, es scheine «einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr».²³ Trotzdem waren die Pflöcke abgesteckt und für Moskau ein Ausweg aufgezeigt, der das drückendste Problem der DDR lösen könnte – durch eine Grenzschießung. Denn die nochmals am 25. Juli von Kennedy in einer spektakulären, auch martialischen Rede betonten Essentials sollten nicht zur Disposition gestellt werden. Kennedy drohte nur mit Krieg, wenn die Besatzungsrechte der Westalliierten, deren Zugangsrechte oder die Freiheit der Westberliner bedroht würden.²⁴

Schließlich konnte auch die Eigendynamik der DDR-Krise ungeahnte Konsequenzen hervorrufen. Unruhen, gewaltsame Grenzdurchbrüche, bundesdeutsche Alleingänge hinsichtlich Hilfeleistungen – offiziell oder inoffiziell – waren Risiken, die in die Überlegungen aller Seiten gingen. Es war höchste Zeit für eine Lösung all dieser Fragen. Dafür sorgte dann der Osten. US-Außenminister Dean Rusk beklagte die kommunistische Repression gegen die eigenen Bürger, drohte auch mit Protesten. Aber er akzeptierte, «dass sich die bisher getroffenen Maßnahmen gegen die Bewohner Ostberlins und Ostdeutschlands und nicht gegen die Position der Alliierten in Westberlin oder den Zugang nach Westberlin richten».²⁵

Klare Befehlslage, straffe Führung, durchdachte Staffelung der eingesetzten Verbände von paramilitärischen Kampfgrup-

¹⁹ So Titel, Grundintention und in sich schlüssige Beweisführung von zwei hochrangigen Militärs und Politikern der DDR: Heinz Kessler/Fritz Strelitz: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich. Berlin 2011 ²⁰ Wilfriede Otto: Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau: Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy am 4. Juni 1961. Dokument (Auszug). In: Utopie kreativ. Berlin. H. 128 (2001), S. 544. ²¹ Ebd., S. 543, siehe auch S. 550. ²² Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschow mit John F. Kennedy in der Sowjetischen Botschaft vom 4. Juni 1961. In: ebd., S. 555. ²³ Ebd., S. 557. ²⁴ Siehe Rundfunk- und Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, 25. Juli 1961 - Quelle: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/6 (1961), S. 1349-1356 - <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Common/Document/field/file/id/56689> [04.3.2011 18:57] ²⁵ Erklärung des amerikanischen Außenministers Dean Rusk, 13. August 1961. Quelle: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7 (1961), S. 12 – <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Common/Document/field/file/id/56835> [22.05.2011 20:42].

pen der Arbeiterklasse in der ersten Staffel unmittelbar an der Grenze über bereitstehende NVA-Einheiten als Deckung und sowjetische Truppen für den Notfall einer Konfrontation mit den Westalliierten, ein abgestimmtes Vorgehen von Parteiaktivisten und Sicherheitsorganen, insbesondere des MfS, sorgten für eine reibungslose Abschießung der innerstädtischen wie der äußeren Grenze zu Westberlin. Die Operation Rose war gut durchdacht. Berechtigt setzte die SED auf die resignative Einsicht vieler Bürger, den unnormalen Zustand des Ausblutens zu stoppen. Widerworte und ansatzweiser Widerstand wurde durch die hellhörigen Sicherheitskräfte im Keim erstickt. Große Anstrengungen mussten unternommen werden, um die Schließung der 43,7 Kilometer Stadtgrenze und der 112,7 Kilometer Außengrenze²⁶ von Westberlin zu bewerkstelligen. Kein Wunder, dass der für die Maßnahmen operativ verantwortliche Sekretär des SED-ZK für Sicherheitsfragen, Politbüromitglied Erich Honecker, sich später dieser Tage mit Wohlwollen und unter Herausstreichen der eigenen Rolle erinnerte: «Binnen weniger Stunden war unsere Staatsgrenze rings um Berlin-West zuverlässig geschützt.» Unmittelbar an der Grenze stand, so seine Diktion, «die politische und militärische Kampfkraft der Arbeiterklasse ...», das heißt Werk tätige aus sozialistischen Betrieben in den Uniformen der Kampfgruppen. Sie sollten mit Bereitschaften der Volkspolizei unmittelbar die Grenze zu Berlin-West sichern. Falls es notwendig werden sollte, hatten die Truppenteile und Verbände der Nationalen Volksarmee und die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit sie aus der zweiten Staffel zu unterstützen. Nur bei einem etwaigen Eingreifen der NATO-Armeen sollten die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte in Aktion treten. Wie der Verlauf der Ereignisse bestätigte, bestanden die bewaffneten Kräfte der DDR ihre Bewährungsprobe hervorragend.»²⁷

Es ist bezeichnend, dass solche Operationen stets erfolgreich verliefen. Das war die Tücke des stalinistischen Sozialismusmodells, dass es jene Teile der Machtsicherung perfekt umsetzen konnte, die den Kern dieses diktatorisch umgesetzten Sozialismusmodells ausmachte: Handlungen, die durch ein hohes Maß an Konzentration und Verbindlichkeit mit militärischen oder quasimilitärischen Mittel umsetzbar waren. So schwierig diese Herausforderungen auch waren, hier lag die Stärke dieses Machtsystems und zugleich seine Schwäche. Sicherheitskräfte und Parteiaktiv waren rasch zu formieren, zu motivieren und zu führen. Solange die getroffenen Entscheidungen die Unterstützung durch eine Mehrzahl der Bevölkerung fanden oder zumindest keinen Widerstand auslösten, gab es keine Probleme. Unter diesem Gesichtswinkel war vermutlich die materiell technische Absicherung der Grenzschießung die größte Herausforderung für die Organisatoren. Binnen weniger Tage mussten für die zu sperrenden 92,2 km Grenze 473 Tonnen Stacheldraht, 31,9 Tonnen Maschendraht, 6.700 Kilogramm Bindedraht, 3.300 Kilogramm Krampen, 145 Festmeter Holz und 47.900 Stück Betonsäulen bereitgestellt werden.²⁸ Böse Zungen behaupten bis heute, dass manche Stacheldrahtrolle solides Westprodukt war.

GRENZOPERATION IN MACHTPOLITISCHEN GRENZEN

Heute ist der Kalte Krieg²⁹ etwas für die History-Sendungen auf Phoenix oder N 24, selbst Guido Knopp macht meist einen großen Bogen um dieses Thema. Vor 50 Jahren war der

Kalte Krieg aber in allen politischen Auseinandersetzungen präsent, Kommunisten vs. Freie Welt, Sowjetblock gegen Amerika war in aller Munde. Zudem war Berlin zwischen 1948 und 1961/63 der Fokus, der Brennpunkt dieser Auseinandersetzung, auch wenn es in anderen Teilen der Welt deutlich heißer zugeht. Im Sommer 1961 gab Walter Lippmann, damals der profilierteste und einflussreichste US-amerikanische Publizist dem Fernsehsender CBS ein Interview. Er war gerade nach Gesprächen mit Nikita Chruschtschow auf dessen Sommersitz in die USA zurückgekehrt. Aufmerksamkeit war ihm wenige Wochen nach dem gescheiterten Gipfel zwischen dem sowjetischen Partei- und Regierungschef und dem US-Präsidenten John F. Kennedy in Wien sicher. Lippmann analysierte, «es gibt keinerlei Zweifel darüber, dass das zentrale Problem Deutschland und Berlin ist ... Dies ist der Krisenherd, an dem sich – wenn es dazu kommt – ein dritter Weltkrieg entzünden wird. Chruschtschow sagte, als ich mit ihm sprach: Ich würde einem vereinigten Deutschland zustimmen, wenn es kommunistisch wäre. Er sagte: Aber Sie werden dem nicht zustimmen, und ich werde keinem vereinigten Deutschland zustimmen, wenn es den Kommunismus aufgeben und wie das Deutschland Adenauers werden muss. Also, sagte er, gibt es keine Möglichkeit der Wiedervereinigung.»³⁰ Lippmann betont, dass letztlich Frankreich und Großbritannien dies ebenso sehen würden und die USA eine solche Sichtweise akzeptieren müssten. Drei Wochen vor dem Ausrollen des Stacheldrahts in Berlins Straßen brachte er den notwendigen Sinneswandel im Kalten Krieg, wohl auch mit Blick auf den «jungen» US-Präsidenten, auf den Punkt: «Ich finde, die Alten sollten keine Kriege anzetteln, die die Jungen auszufechten haben. Ich kann kriegerische alte Männer nicht leiden. Ich denke, es ist ihre Aufgabe, zu versuchen, so gut sie können und mit aller Weisheit, die sie aufbringen können, das zu verhindern, was eine endgültige, nie wieder heilbare Weltkatastrophe werden kann.»³¹ Ein heißer Krieg lag in der Luft, was nur beim Ausblenden des Kalten Krieges der beiden Supermächte und ihrer Blöcke heutige Betrachter verwundert. Allerdings schien das auch damals für nicht wenige Europäer oder Amerikaner eher ein rhetorisches Säbelrasseln zu sein. Für eine beachtliche Zahl von DDR-Bürgern war diese Klimaverschlechterung ein zusätzliches Fluchtargument. Vor allem aber rauchten in den diversen Beratungs- und Entscheidungsgremien in beiden Blöcken damals die Köpfe, wurden Konfliktszenarien entwickelt, gab es die Bereitschaft zu Drohgesten, aber auch die Suche nach Kompromisslinien. Diese Zuspitzung stand seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 nach einer Zeit relativer Ruhe zumindest in Europa auf der Tagesordnung.

²⁶ So die Angaben mit Stand 1989 in Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer. Monument des Kalten Krieges. Berlin 2007, S. 18. ²⁷ Erich Honecker: Aus meinem Leben. Berlin 1980, S. 205. ²⁸ Übersicht über den Umfang der Pioniernaßnahmen am westlichen Außenring von Berlin, SED-Hausmitteilung, 24. Juli 1961 (ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Ulbricht) Quelle: SAPMO-BA, DY 30/3282 – <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593838/page/6> (22. Mai 2011 20:13) ²⁹ Breite aktuelle Darstellungen siehe z.B. Bernd Stöver: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Bonn 2007; ders.: Der Westen und die Aufstände im Osten. Formen der Einflussnahme und Reaktionsmuster im Vergleich. In: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 257–274; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg Bd. 2. Bonn 2008; aus DDR-Nachwende-Sicht z.B. Autorenkollektiv (Reinhard Brühl u.a.) (Hrsg.): Kalter Krieg auf deutschem Boden. Geschichte – Standpunkte – Dokumente. Berlin 1994; aus vor allem US-amerikanischer Sicht: John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte. München 2007. ³⁰ Wenn es Krieg gibt, dann um Berlin. Walter Lippmann über seine Gespräche mit Chruschtschow. In: Der Spiegel. Hamburg. H. 31/1961, S. 12 ³¹ Ebd.

Nach der gewaltsamen Beendigung der Krisen im Ostblock³² im Gefolge der vorsichtigen Überwindung der schlimmsten Auswüchse des Stalinismus und einer gewissen internationalen Entspannung schien die Welt wohl sortiert in zwei Blöcke, in zwei Gesellschaftssysteme. Der von der Sowjetunion geführte Osten holte sichtlich auf, das Kernwaffenmonopol der USA war lange gebrochen und mit dem spektakulären Start des Sputniks 1957 und dem ersten erfolgreichen Start eines Sowjetbürgers in das All im April 1961 schien auch das Problem einer möglichen nuklearen Antwort in einer globalen militärischen Konfrontation gelöst – mittels Raketen. Selbst Moskau konnte über eine Reduzierung seiner konventionellen Streitkräfte entscheiden und nicht nur in Großbritannien wurde Entspannung, gar eine Neudefinition der deutschen Wiedervereinigung als Fernziel diskutiert.

Das schwächste Kettenglied im sowjetischen Block war die DDR. Hier hatten Ulbricht und die SED-Führung die Krise von 1953 zwar mit sowjetischer Hilfe gemeistert, hatten mit Verbesserungen der Wirtschaftsleistung, die sich im Portemonnaie der Arbeiter und in den besser gefüllten Geschäften niederschlugen, eine Beruhigung erzielt. Aber im Unterschied zu allen anderen Ostblockstaaten lag der «goldene Westen» vor der Tür, strahlten die erfolgreichen bundesdeutschen Anstrengungen als «Wirtschaftswunder» in die DDR aus. Westmedien, Verwandte, ehemalige Arbeitskollegen, die in den Westen gegangen waren, lockten mit einer besser bezahlten Arbeit, konsumfreudigeren Verhältnissen, ungeahnten Reismöglichkeiten und dem Ende politischer Bevormundung und Disziplinierung. Walter Ulbricht konnte seinem Moskauer Amtsbruder nur eingestehen, dass sein Land dringend sowjetische Wirtschaftshilfe für das politische Überleben brauchte. Auf den Einwurf Chruschtschows, dass die Sowjetunion keine Südfrüchte, wohl aber Erdöl liefern könne, hatte der DDR-Staatsratsvorsitzende nur eine Replik parat: «Selbstverständlich können wir auch ohne Kakao überleben. Aber die Frage hier ist das Vergleichen des Lebensstandards in der DDR mit dem in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Zurzeit geht die Bevölkerung noch nach Westberlin, um einige dieser Waren wie selbstverständlich zu kaufen, das hat negative politische Konsequenzen.»³³

Zudem sicherte die offizielle bundesdeutsche Politik, dass die Ostdeutschen sofort in den Genuss der gesamt-, d.h. faktisch der west-deutschen Staatsbürgerschaft kamen. Daran änderten auch die rigiden Reise- und Nichtreisebestimmungen der DDR kaum etwas, die Republikflucht zu einem Straftatbestand machten.

Die Stellung der DDR im sowjetischen Bündnis war widersprüchlich. Potentiell das wirtschaftlich entwickeltste Land, neben der Tschechoslowakei, hatte sich die Einbindung in den sowjetischen Block angesichts der großen Reparationslasten bislang kaum ausgezahlt. Hier gab es die größte sowjetische Militärgruppierung außerhalb der sowjetischen Landesgrenzen. Die DDR musste einen eigenen hohen Verteidigungsbeitrag leisten und der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes hatte zwar Erfolge zu verzeichnen, begann aber zu stocken. Im Unterschied zu allen anderen europäischen realsozialistischen Staaten stand hier der politische Gegner und wirtschaftliche Herausforderer vor der Tür. Beide sprachen deutsch und die Propagandaschlachten hielten unvermindert an. Vor allem aber beharrte Bonn auf seinem Alleinvertretungsanspruch, nicht allein mit diplomatischen

Nadelstichen, sondern als generelle Infragestellung der DDR. Wenn die Befreiungsformel für den Ostblock generell eher eine zwar immer wieder mit Geheimdienstoperationen, Propaganda, wirtschaftlichem Druck und militärischen Vorbereitungen verbundene Allgemeinformel blieb, war sie für Deutschland seitens der Bonner Regierung ernst zu nehmen. Selten wurde seitens der BRD das eigentliche Ziel der Wiedervereinigungspolitik so klar ausgesprochen wie nach dem Wahlsieg der CDU im September 1953. Kanzler Adenauer damals in Bonn: «Wir sprechen immer, meine Freunde, von der Wiedervereinigung – soll man nicht lieber sagen: zur Befreiung des Ostens. Denn das ist doch die Frage, um die es sich handelt: ob wir die 18 Millionen Deutsche, die jetzt in Knechtschaft und Sklaverei leben, befreien, und das ist unser Ziel, und dieses Ziel wollen wir erreichen. Wir würden es aber nicht erreichen, wenn wir allein in der Welt stehen. Wir brauchen Freunde in der Welt ...»³⁴

Bernd Stöver, einer der gründlichsten Kenner des Kalten Kriegs und der US-amerikanischen Liberation Policy³⁵ hat nicht nur dieses entlarvende Zitat ausgegraben, sondern auch deutlich gemacht, dass schon früh selbst die USA sich ob ihrer neugewonnen Verbündeten nicht sicher schienen. Denn die verbanden die Befreiungsrhetorik mit dem handfesten Ziel der Wiedergewinnung der «Irredenta» im Osten und waren dafür offenbar auch bereit, auf Kosten ihrer westlichen «Freunde» unkalkulierbare Risiken einzugehen.³⁶ Schließlich darf nicht vergessen werden, dass die DDR-Führung wie ihre sowjetischen und osteuropäischen Partner derartige Drohungen sehr ernst nahmen und sich angesichts der aus ihrer Sicht ungebrochenen Kontinuität der westdeutschen Regierung zu ihren auch faschistischen Vorgängern sorgten. Mit der Aufnahme in die NATO, der Schaffung einer ambitionierten Bundeswehr unter den alten Generalen und Offizieren der faschistischen Wehrmacht und dem Ausbau der BRD als Basis für US-Kernwaffen, auf deren Einführung oder zumindest Teilhabe auch Bonn offen spekulierte, war für die DDR und ihre Verbündeten die Bedrohungslage mehr als real. Reaktionen und Überreaktionen waren die Folge. Ein genauerer Blick auf das permanente Zurückschrecken der westlichen Verantwortungsträger ließ diese lediglich als für den Osten erfreuliche Zauderer erscheinen, nicht als ungefährlche Phantasten.

Angesichts dieser Situation wollte die Sowjetunion die Nachkriegsordnung auch in Deutschland unumkehrbar machen. Jenseits aller Bekenntnisse zu einer deutschen Wiedervereinigung über den Weg eines Friedensvertrages mit Ganzdeutschland ging es um das Existenzrecht der DDR. Dabei dürfte Moskau ebenso klar gewesen sein wie der DDR: Mit der Westintegration der BRD und der Verankerung beider deutscher Staaten in feindlichen Blöcken gab es kaum ein Zurück zu jener

³² Siehe auch Stefan Bollinger: Die endlose Entstalinisierungskrise. Neue Kurse, neue Wege und alte Modelle. In: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung – Manuskripte. Bd. 43. Berlin 2003; Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. a.a.O. ³³ Short Summary of the Talks with the GDR Party-Governmental Delegation on 9 June 1959 (Archive of Foreign Policy of the Russian Federation (AVP RF), Moscow, Fond 0742, Opis 4, Portfel' 33, Papka 31, ll. 71–87). In: Cold War International History Project Bulletin. Washington D.C. Issue 11 (1998), p. 208 (Übersetzung – St.B.) – http://www.wilson-center.org/topics/pubs/New_Ev_Berl_Crisis.pdf (12. April 2011 22:13). ³⁴ Rede Bundeskanzler Dr. Adenauers auf dem Marktplatz in Bonn am Abend des 7. September (1953), S. lf. (NWDR-Sendeprotokoll); Bestand STBKAH, 16.14. Zitiert in: Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991. Köln-Weimar-Wien 2002, S. 671/672. ³⁵ Ausführlich zur Rolle der Bundesrepublik im Kontext der westlichen Roll back-Strategie des Kalten Krieges der 1950er und frühen 1960er-Jahre siehe ebd., bes. Kap. 7.1, 9.1 und 9.2. ³⁶ Siehe ebd., S. 668 ff.

scheinbar offenen Situation zu Beginn des Jahrzehnts, in dem ein neutrales Gesamtdeutschland noch denkbar schien.³⁷ Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 spitzte sich letztlich auf eine zentrale Frage zu: «Wenn die für die Politik der Westmächte verantwortlichen Staatsmänner in ihrem Herangehen an die Berliner Frage, wie auch an andere internationale Probleme, sich von Hass gegen den Kommunismus, gegen die sozialistischen Länder leiten lassen werden, so wird das zu nichts Gutem führen. Weder die Sowjetunion, noch irgendein anderer sozialistischer Staat können und wollen ihre Existenz gerade als sozialistische Staaten leugnen. Daher stehen sie, in einem unerschütterlichen brüderlichen Bund vereinigt, fest zu ihren Rechten, ihren Staatsgrenzen, wobei sie nach der Devise handeln: «Einer für alle, alle für einen.» Jede Verletzung der Grenzen der DDR, Polens, der Tschechoslowakei, jeder Aggressionsakt gegen einen beliebigen Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages, wird von allen seinen Teilnehmern als Überfall auf sie alle angesehen werden und unverzüglich entsprechende Gegenmaßnahmen nach sich ziehen.»³⁸

Dass hier Westberlin als «Krebsgeschwür» gesehen wurde, oder als «billigste Atombombe» und «Pfahl im Fleische der DDR» war angesichts der dortigen Konzentration an Spionageorganisationen, Propagandaeinrichtungen des Westens, aber auch angesichts der Attraktivität voller Schaufenster, verlockender Film- und Kulturangebote und der ständigen Möglichkeit, via Westberlin der DDR den Rücken zu kehren nur logisch. Friedensvertrag und die Forderung der Umwandlungen Westberlins in eine Freie Stadt waren dafür die griffigen Formeln, von denen sich die östliche Seite westliche Zugeständnisse erhoffte. Und sie waren ebenso für den Westen eine Herausforderung, der beharrte, dass Westberlin ob seiner Lage und seiner Ausstrahlungskraft als westlicher Leuchtturm im feindlichen Osten unverzichtbar wäre.³⁹

Um ihr Ziel durchzusetzen, unternahmen die Sowjetunion und die DDR in den Folgejahren diplomatische Schritte, versuchten Kontrollregime auf den Zufahrtswegen nach Westberlin einzurichten, erlebten durchaus westliche Einsichten, namentlich in Großbritannien, dass man an der DDR wohl nicht vorbeikomme, standen aber nach der Reiserestriktion für Bundesbürger Ende 1960 gar am Rande eines Abbruchs der Handelsbeziehungen zur BRD.⁴⁰ Vor allem aber spielten beide Blöcke und Supermächte auf der Klaviatur militärischer Mittel. In Moskau eher mit apokalyptischen Drohgebärden, die schon einmal die Bundesrepublik und die westeuropäischen NATO-Staaten in einem Kernwaffenkrieg vom Angesicht der Erde zu vertilgen drohten, in Washington in konkreten Planungen für eine Eskalationsfolge zur Erzwingung eines Zugangs zu Westberlin, beginnend mit dem Vorstoß eines Bataillons, endend bei einem allgemeinen Kernwaffenkrieg. Die Sicherung der Existenz der DDR hieß, die westlichen Einflüsse auf den sich mühsam entwickelnden sozialistischen Alternativversuch zu stoppen, eine ungestörte Entwicklung seiner wirtschaftlichen und politischen Tendenzen zu ermöglichen. Das lag im Interesse der SED-Führung wie jener nicht wenigen DDR-Bürger und SED-Mitglieder, die sich mit diesem Ziel identifizierten. Das lag aber selbstverständlich auch im Interesse der Super- und Führungsmacht Sowjetunion, die sicher einen längeren Atem als die DDR-Führung hatte, die andere Prioritäten setzen mochte, aber nach der Stalin-Note (1952) und der Ausschaltung Lawrentij Berijas (1953)⁴¹ zu-

nächst die DDR nicht zur Disposition stellen wollte. Moskau hatte akzeptiert, dass ein neutrales Gesamtdeutschland auch um den Preis der DDR nicht zu bekommen war.

Also war die Verteidigung des Bestandes des eigenen Blocks auch und wohl zuallererst eine sowjetische Angelegenheit. Das war lange unstrittig und niemand wäre auf die Idee gekommen, an Chruschtschows Worten gegenüber dem umtriebigen bundesdeutschen Botschafter in Moskau zu zweifeln. Chruschtschow betonte im Oktober 1961 emotional aufgeladen wie rational richtig: «Ich weiß, die Mauer ist eine hässliche Sache. Sie wird auch eines Tages wieder verschwinden. Allerdings erst dann, wenn die Gründe fortgefallen sind, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Was sollte ich denn tun? Mehr als 30.000 Menschen, und zwar mit die besten und tüchtigsten Menschen aus der DDR, verließen im Monat Juli das Land. Man kann sich unschwer ausrechnen, wann die ostdeutsche Wirtschaft zusammengebrochen wäre, wenn wir nicht alsbald etwas gegen die Massenflucht unternommen hätten. Es gab aber nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen: die Lufttransportsperrung oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig. Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat. Ulbricht hat mich zwar seit längerer Zeit und in den letzten Monaten immer heftiger gedrängt, aber ich möchte mich nicht hinter seinem Rücken verstecken. Er ist viel zu schmal für mich. Die Mauer wird, wie ich schon gesagt habe, eines Tages wieder verschwinden, aber erst dann, wenn die Gründe für ihre Errichtung fortgefallen sind.»⁴²

Moskau wusste, was es tat und hatte keine Scheu, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Dementsprechend suchte die Brandt-Scheel-Regierung mit ihrer Neuen Ostpolitik zehn Jahre später natürlich den Schlüssel für die deutsch-deutschen Beziehungen nicht in Berlin, Hauptstadt der DDR, sondern in Moskau. Zweieinhalb Jahrzehnte später forderte US-Präsident Ronald Reagan folgerichtig nicht von Honecker, sondern von Mr. Gorbatschow, die Mauer niederzureißen. Insofern ist es zwar dem antikommunistischen und Anti-DDR-Geist geschuldet, die Übel dieser Welt und auf jeden Fall

37 Siehe als Überblick zur sog. «Stalin-Note» von 1952 und ihren Implikationen: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analyse. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig. München 2002. **38** Note der Sowjetregierung an die amerikanische Regierung betreffend den Status von Berlin. 27. November 1958. In: Sowjetunion heute (sowjetische Botschaft, Bonn) Nr. 34 vom 1. Dezember 1958. Abdruck in: Europa-Archiv. Folge 24/1958, S. 11.300–11.309 – dokumentiert in: D-DOK, Dok.-S. 11. **39** Zu Chruschtschows Ultimaten und der Berliner Krise siehe besonders: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hrsg.): Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948–1958. Berlin 2000; Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995; Christian Nünlist: Die NATO und die Berlinkrise von 1958 bis 1961. In: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg, a.a.O., S. 244–273; Rolf Steininger: Der Mauerbau, a.a.O.; Matthias Uhl: Krieg um Berlin? a.a.O.; Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. a.a.O. **40** Siehe u.a. Detlef Nakath: Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Die besondere Bedeutung der Krisenjahre 1960/61 für die Entwicklung des innerdeutschen Handels. hefte zur ddr-geschichte, H. 4. Berlin 1993. **41** Die vermutete Preisgabe der DDR zugunsten eines neutralisierten Gesamtdeutschlands – also eigentlich eine Neuauflage der Stalinschen Vorstoßes zur Verhinderung eines bundesdeutschen Einbindens in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – war 1953 eines der Hauptargumente gegen den sowjetischen Sicherheitspolitiker und wichtiges Argument für das Hochverratsverfahren gegen ihn. Siehe Viktor Knoll/Lothar Kölm (Hrsg.): Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenografischer Bericht. Berlin 1993; Vladislav Zubok: «Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...» Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953. In: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln-Weimar-Wien 1999, S. 29–48; Gerhard Wettig: Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen. In: ebd., S. 49–70. **42** Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln-Berlin 1967, S. 512.

der Spaltung mit ihrer drastischsten Darstellungsform – der Mauer – als Werk der DDR, der SED und Ulbrichts darzustellen. Dass bei dieser Gelegenheit die ebenso bewachten und verminten Grenzen in Südosteuropa oder Asien zwischen den Blöcken, aber wie an der griechisch-türkischen Grenze gelegentlich auch zwischen Verbündeten, ausgeblendet werden, mag euro- und deutschzentristischer Selbstverliebtheit geschuldet sein.

Aber der Unwahrheit ist jener neuerliche Versuch etwa der sonst durchaus ergiebigen Historikerin Hope M. Harrison zuzurechnen, die explizit die machtpolitischen Verhältnisse des Kalten Krieges und des Ostblocks auf den Kopf stellt und im Ergebnis ihrer Recherchen zu den DDR-Absichten für die Grenzschießung verkündet: «Wirklich interessant ist die sowjetische Seite, die mit ihren Befürchtungen den Ostdeutschen die Möglichkeit eröffnete, gewissermaßen als Schwanz mit dem Hund zu wedeln. Die Sowjetunion hatte gegenüber Ostdeutschland eine doppelte Verlassensangst, die Ostberlin weidlich ausnutzte, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Zum einen befürchteten die Sowjets, das ostdeutsche Regime könnte zusammenbrechen und so, ohne es zu wollen, aus dem Bündnis ausscheiden und von Westdeutschland geschluckt werden. Durch den Volksaufstand von 1953 und den Flüchtlingsstrom der fünfziger Jahre, der erst durch den Bau der Berliner Mauer gestoppt werden sollte, wurde diese Befürchtung zu einer realistischen Möglichkeit. Die andere, subtilere, gleichwohl zunehmende Sorge bestand nach dem chinesisch-sowjetischen Bruch in der Mitte der fünfziger Jahre darin, dass die DDR sich China annähern könnte. Da jedoch starke Sicherheits- und Reputationsgründe für die enge Beziehung zu Ostdeutschland sprachen, mussten die Sowjets Vorkehrungen gegen diese beiden Möglichkeiten treffen, von den Ostdeutschen verlassen zu werden.»⁴³ Nun ist eine solche Argumentation wohlthuender und realistischer, als jene, die aus einstiger oder neuer Siegermentalität der DDR nur den Status eines «Homunkulus aus der sowjetischen Retorte»⁴⁴, so der einst «regierende» sowjetische Botschafter in der DDR Pjotr Abrassimow, oder als «Satrapie im westlichen Vorfeld des sowjetischen Imperiums»⁴⁵, so die stellvertretend für die neudeutsche Sicht vorgetragene Denunziation des Historikers Hans-Ulrich Wehler, zubilligt. Harrison ist selbstredend zuzustimmen, «dass der übliche, auf die Supermächte und Sicherheitsfragen konzentrierte Ansatz bei der Untersuchung des Kalten Krieges für das Verständnis einiger seiner Ereignisse und entscheidenden Entwicklungen nicht ausreicht. Von der herkömmlichen realistischen Darstellung internationaler Beziehungen als unwichtig außer Acht gelassene Aspekte, wie die Rolle kleiner Mächte, die Persönlichkeit der Akteure, Ideologie und Innenpolitik, waren in Wirklichkeit wesentliche Faktoren für den Verlauf des Kalten Krieges.»⁴⁶

Aber bis zum bitteren Ende 1989 suchte die Sowjetunion bei allen Verbündeten – mit unterschiedlichem Erfolg – ihren dominierenden Einfluss geltend zu machen. Das galt um so mehr für die DDR, die nun tatsächlich ihre Existenz der Grenzziehung durch die sowjetischen Truppen, ihre territoriale Integrität dieser Truppenpräsenz, selbst das Überleben in der Krise von 1953 diesen Truppen verdankte. Moskau ließ sich diesen Einfluss etwas kosten, auch wenn der Preis ihrer Präsenz und Bündnistreue auch für das betreffende Land ökonomisch, militärisch und nicht zuletzt politisch sehr hoch war. Das Mitglied des Politbüros der KPdSU, Anastas Mikojan, der immer zu den Troubleshootern der sowjetischen Führung gehörte,

führte im Frühsommer 1961 diesen besonderen Charakter der Beziehungen seinen DDR-Gesprächspartnern eindringlich vor Augen: «Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich nicht hier als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt. So grundsätzlich steht für uns die Frage. Deshalb können wir auch bei keinem anderen Land so herangehen. Und das ist auch der Grund, dass die DDR bei Verhandlungen oder bei Krediten an erster Stelle steht.»⁴⁷

STATT KRIEG WANDEL DURCH ANNÄHERUNG

Friedenssicherung durch Mauerbau konnte sicherlich hinsichtlich der großen Blockkonfrontation und der kleineren Konfrontation um Status und Zugang Westberlins funktionieren. Hier reichte eine Interessen- und Risikoabwägung zwischen Moskau und Washington. Natürlich hatte Kennedy in Wien recht, als er betonte, «Wenn ich den Frieden nicht wollte, wäre ich nicht hier hergekommen. Es ist leicht, einen Krieg zu entfesseln, ... aber es ist schwer, den Frieden zu sichern.»⁴⁸ «Sterben für Westberlin» mochte im Westen niemand, aber die Kriegsbereitschaft im Osten war gleichfalls eher verbal. Auch Chruschtschow wusste trotz seines oft leichtfertigen Auftrumpfens um die Gefahren – vor allem angesichts der begrenzten militärischen, vor allem nuklearen Kapazitäten seiner Streitkräfte.

Ein Krieg war verhindert, aber auch Verständigung und Frieden zwischen beiden deutschen Staaten nicht erreicht, geschweige denn ein Friedensvertrag, der die Option deutsche Einheit nicht verschloss. 1961 kam das heraus, was die SED schon im Vorjahr befürchtet hatte, die «Vertiefung der Spaltung Deutschlands»⁴⁹. Auch wenn Westberlin nicht als Freie Stadt neutralisiert, oder gar in die DDR eingegliedert werden konnte, hatte sich für die DDR die Situation verbessert. Endlich war es möglich, ungestört von westlichen Einmischungsversuchen und Störmanövern den sozialistischen Aufbau voranzutreiben, sich ihm entziehen konnten die DDR-Bürger auch nicht mehr. Es wundert insofern nicht, wenn manche Historiker meinen, eine «innere Staatsgründung» der DDR mit ihrer Verteidigung gegen innere Opposition 1953 wie äußere Infragestellung 1961 verbinden zu können.⁵⁰

Im Ergebnis der Grenzschießung und der im Oktober nochmals erfolgten Zuspitzung der Lage durch das Auffahren zunächst US-amerikanischer, dann sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie sowie ihrem glimpflichen Rückzug war für alle Seiten unzweifelhaft: Die DDR hatte – unleugbar mit der Sowjetunion im Rücken – souverän ihre Grenzen unter Kontrolle und konnte – in Maßen – auch die Alliierten an Regeln binden. Kalte Krieger, wie der Sondergesandte des

⁴³ Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. München 2011, S. 28/29. ⁴⁴ «Wir wechselten zum Du». Moskaus früherer DDR-Botschafter Pjotr Abrassimow über Erich Honecker. In: Der Spiegel. Hamburg. H. 34/1992, S. 20. ⁴⁵ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, S. 23. ⁴⁶ Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. a.a.O., S. 383. ⁴⁷ Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 24 vom 6. Juni 1961 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED. Niederschrift über die wichtigsten Gedanken, die Genosse Mikojan in einem Gespräch mit Genossen Leuschner in kleinstem Kreis (leitende sowjetische Genossen und die Genossen der deutschen Delegation) äußerte. SAPMO-BA, DY 30/Y IV 2/2/766 – <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Common/Document/field/file/id/56680> (22.03.2011 22:21) ⁴⁸ Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschow mit John F. Kennedy in der Sowjetischen Botschaft vom 4. Juni 1961. In: a.a.O., S. 556. ⁴⁹ Der Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des Zentralkomitees an die Arbeiterschaft Westdeutschlands (17. April 1960). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VIII. a.a.O., S. 106. ⁵⁰ Siehe Ilko-Sascha Kowalczuk: Die innere Staatsgründung. Von der gescheiterten Revolution 1953 zur verhinderten Revolution 1961. In: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hrsg.): Staatsgründung auf Raten? a.a.O., S. 341–380.

US-Präsidenten für Westberlin, General a. D. Lucius D. Clay, 1948 als US-Militärgouverneur der US-Besatzungszone in Deutschland Organisator der Luftbrücke, konnten zwar zünden, aber ihre Regierung hatte kein Interesse an einer Zuspitzung der Lage.

Manche Historiker meinen zwar, dass eigentlich hinsichtlich der internationalen De-facto-Anerkennung die DDR auch schon vor dem 13. August das Mögliche erreicht hätte. Wirklich aber sorgten erst die betonierten Grenzmarkierungen dafür, dass zumindest in Europa eine gewisse Entspannung möglich wurde. Der Weg, der am 13. August begann, endete zunächst am 21. Dezember 1972, als die DDR und die BRD den Grundlagenvertrag abschlossen, der nun nach dem Vertragswerk der BRD mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der ČSSR die Nachkriegsordnung von Jalta auch für den westdeutschen Staat festschrieb. Bereits zwei Jahre zuvor hatte das Vierseitige Abkommen über Berlin oder Berlin-West, (immer noch konnten sich die Alliierten nicht einigen), jenen Status geregelt, der 1961 zur Disposition stand. Westberlin war kein Bestandteil der Bundesrepublik und wurde von ihr nicht regiert, hatte jedoch – je nach Lesart – Bindungen oder Verbindungen zur BRD. Der Zugang zur Stadt wurde fixiert für die westalliierten Truppen wie für Bundesbürger und auch der Besuch von Westberlinern im Ostteil der Stadt überwand das Provisorium der ab 1963 ausgehandelten Passierscheinabkommen.

Mit diesem Festschreiben eröffnete sich auch die Möglichkeit, die Systemauseinandersetzung mit friedlichen Mitteln auszutragen. Eine herausragende Rolle spielte hier jener Regierende Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, der sich aus Einsicht in die veränderte Situation und dem Begreifen, dass seine Hoffnungen auf eine gewaltsame Rücknahme der DDR-Grenzbefestigungen nicht möglich und in ihren Folgen unvorhersehbar waren, vom Saulus zum Paulus wandelte. Die Krise im August 1961, dann die Panzerkonfrontation im Oktober 1961, schließlich die Kuba-Krise ein Jahr später hatten auch in den USA die Einsicht bei realistischen Politikern um Präsident Kennedy reifen lassen, dass Europa betreffende Abenteuer mit ungewissen, wohl tödlichem Ausgang verbunden wären. Es war kein Zufall, dass der US-Präsident bei seinem Westberlin-Besuch am 26. Juni 1963 an der Freien Universität den Studenten und den anwesenden westlichen Politikern eine neue Perspektive aufzeigte, die für den Westen den Abschied vom Rollback, für den Osten aber eine noch unbegriffene Herausforderung sein musste: «Der Schild militärischer Verpflichtung, mit dem wir zusammen mit den anderen beiden Großmächten die Freiheit West-Berlins schützen, wird nicht gesenkt oder weggelegt werden, solange er gebraucht wird. Aber hinter diesem Schild darf man nicht nur auf der Stelle treten und in Erwartung besserer Zeiten den Status quo aufrechterhalten. In einer Zeit der Herausforderungen – und in den letzten vier Jahren hat die Welt außerordentliche Herausforderungen erlebt, deren Bedeutung wir noch nicht einmal ganz begreifen können – und erst wenn Geschichte und Zeit darüber hinweggegangen sind, können wir die Bedeutung der Ereignisse seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre einschätzen. In einer Situation des Wandels und der Herausforderung, in einer Ära dieser Art hat jeder Bewohner West-Berlins die Pflicht, seinen Standpunkt zu überdenken und zu überlegen, welches Ziel die Stadt ansteuert und wie sie am besten dorthin gelangt.»⁵¹ Er

verlangte, «dass wir den Tatsachen ins Auge sehen, dass wir uns von Selbsttäuschung frei machen, dass wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken».⁵² Das zielte auf eine aktive Politik der Kontakte und des Verhandels, der Vorbildwirkung für die osteuropäischen Staaten und die DDR ab. Kennedy setzte auf die Stärke der Ideen von Nationalismus und Freiheit. «Wir müssen erst andere dazu bringen, dass sie ihre eigenen wahren Interessen besser begreifen, als sie es heute tun.»⁵³ Willy Brandt und sein Vertrauter Egon Bahr hatten diese Neuorientierung begriffen. Sie verkündeten ihre neue Einsichten drei Wochen später an der Evangelischen Akademie in Tutzing. Aus dem Frontmann des Kalten Krieges wurde der Begründer der «Neuen Ostpolitik», die auf «Wandel durch Annäherung»⁵⁴ setzte – um den Systemkonflikt zu entspannen, die östliche Seite zu gewinnen, zu wandeln – und wie sich auch herausstellte, die eigene kapitalistische Gesellschaft für diesen Wettbewerb fit zu machen. Überhaupt, auch die BRD und Westberlin wandelten sich. Die Mauer hatte mühsam Bonner und Westberliner Politikern die dreigeteilte Lage Deutschlands vor Augen geführt. In den Folgejahren haben realistisch denkende Journalisten, Manager, Politiker Möglichkeiten einer sich im Idealfall reformierenden, zumindest doch im Großen und Ganzen prosperierenden DDR für die eigenen Interessen akzeptiert. Die Mauer war zwar ein «Schandmal», aber es gab weniger Flüchtlinge, die in schwarzen Farben die DDR beschrieben. Die Bürger, die noch regulär den Westen besuchten, waren meist loyal. Das «Gespenst Kommunismus» verlor in der bescheidenen Entspannungspolitik der 1960er-Jahre in Europa an Schrecken. Und es gab noch einen anderen Effekt, der die BRD vor eine neue Herausforderung stellte: Das Ausbleiben von DDR-Flüchtlingen, zumal von Akademikern, zwang zu eigenem Handeln, nachdem die Bildungskatastrophe im Westen deutlich wurde. Reichten sonst die rasch angeworbenen Gastarbeiter, so musste im akademischen Bereich reformiert werden. Die 68er-Bewegung in der BRD ist insofern auch eine Folge des Mauerbaus.

AUSWEG AUS DER INNEREN KRISE

Ein Krieg zwischen den Blöcken aus den großen Fragen der Systemkonfrontation und den kleineren der deutsch-deutschen Auseinandersetzung heraus war vermeidbar geworden. Es blieb die Frage der Stabilität der DDR, ihrer Fähigkeit, sich so zu entwickeln, dass keiner mehr vor dem Sozialismus weglaufen mochte, dass es zu keinen Unruhen kam, die unabsehbare, auch gewaltsame, grenzüberschreitenden Folgen haben konnten. Und die immer Anlass für eine gewaltsame Unterstützung durch interessierte Kreise in der Bundesrepublik auslösen mochten. Ulbricht konnte es zumindest im kleinen Kreis aussprechen: «Um die Stimmung in der DDR zu verändern, muss man der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage erklären und ihr eine ökonomische Perspektive aufzeigen, die sie gegenwärtig nicht hat.»⁵⁵

⁵¹ Address by the President of the United States of America, John F. Kennedy, June 26, 1963. Deutsche Übersetzung. In: John F. Kennedy/Robert F. Kennedy: Reden an der Freien Universität. Hrsg.: Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin. Dokumentationsreihe H. 30. Berlin 1996, S. 11. ⁵² Ebd., S. 12. ⁵³ Ebd. ⁵⁴ Die Texte finden sich u.a. in: Manfred Uschner: Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie. Berlin 1991; siehe zum Konzept insbesondere Heinrich Potthoff: Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990. Berlin 1999; Peter Bender: Die «Neue Ostpolitik» und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 1995, 3., überarb. u. erw. Neuausgabe. ⁵⁵ Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N. S. Chruschtschow mit Genossen W. Ulbricht am 1. August 1961. In: Welt online. a.a.O.

Da gab es vieles zu erklären. Die durchgezogene Kollektivierung der Landwirtschaft hatte nicht die erhofften kurzfristigen Resultate gebracht. Die neuen landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten vermochten noch nicht, die Versorgung zu gewährleisten. Witterungsunbilden verstärkten diese Entwicklung noch, so dass selbst Kartoffeln und Heu knapp wurden. Die Produktionsergebnisse stagnierten. Der Ausfall von Arbeitskräften machte sich bemerkbar. Es gab eine handfeste Wirtschaftskrise.⁵⁶ Für Ulbricht und seine Führung tat sich ein schwer entrinnbarer Teufelskreis auf, den er Chruschtschow als Untermauerung der Entscheidung für die Grenzschließung erklärte: «Die wirtschaftlichen Gründe liegen darin, dass unsere inneren Schwierigkeiten zugenommen haben, weil die Zahlen des Siebenjahrplans für ungültig erklärt wurden. Unsere Staatliche Plankommission arbeitet jetzt daran, diese Zahlen abzusenken. Das hat eine zersetzende Wirkung auf weite Kreise der Bevölkerung. Vertreter der Intelligenz sagen, dass wir bei derartigen Plansenkungen unsere Aufgaben nicht erfüllen können. Seitdem wir von der verkündeten ökonomischen Hauptaufgabe abgegangen sind, Westdeutschland beim Pro-Kopf-Verbrauch und der Arbeitsproduktivität zu überholen, arbeiten die Menschen ohne wirtschaftliche Perspektive. Solange das so bleibt, werden wir Schwierigkeiten haben, nicht nur wegen der Mängel im Handel.»⁵⁷

Noch hoffte die DDR auf zusätzliche Kredite der Verbündeten, auf Bereitstellung von Rohstoffen, auf weniger ungleiche Verträge mit Moskau wie den Verbündeten, auch auf Arbeitskräfte, die die Lücken in der DDR schließen könnten. Dazu kam, dass mit der Kündigung des Handelsabkommens DDR-BRD 1960 trotz dessen Rücknahme das Damoklesschwert einer Blockade gegen die DDR über dem Land schwebte. Die Grenzschließung, da war sich Ulbricht mit Chruschtschow einig, konnte nun tatsächlich eine solche Gegenreaktion hervorrufen, auch wenn westliche, auch westdeutsche Konzerne andere Signale zumindest nach Moskau aussandten. Die Schlussfolgerung der DDR-Führung war auf jeden Fall «Störfreimachung», d.h. die Suche nach Wegen, ohne westdeutsche Lieferungen auszukommen. All das belastete die DDR-Wirtschaft.

Noch blieb aber die Analyse der DDR-Politiker an der Oberfläche. In einer Beratung im SED-Politbüro stellte Ulbricht sieben Wochen vor seiner Unterredung mit Chruschtschow fest: «Ich sage ganz offen, wenn nicht die Partei- und Staatsarbeit in dieser ganzen Richtung grundlegend auf allen Gebieten geändert wird, sind wir nicht in der Lage, die Fragen zu lösen. Das ist also nicht Schuld der Planung, das ist nicht wahr. Dort sind auch bestimmte Schwächen, aber die Hauptfrage ist, dass die ganze Partei- und Staatsapparatarbeit konkret geändert werden muss, anders geht die Sache nicht, und dass man die ideologischen Fehler, die vorhanden sind, die Liquidierung dieser Bäckereien und dieser Fleischer, dass man darüber spricht und diejenigen, die die Handwerker zugrunde richten und zu Tode hetzen, dass man diese zur Verantwortung zieht, in Berlin und überall. Dann wird die Sache gehen, das wird ja nicht mehr so grob gemacht, wie es im Jahre 1953 gemacht wurde.»⁵⁸

Ulbricht kannte seine Genossen, ihre Stärken und Schwächen, auch wenn er meist vergaß, dass er selbst oft genug Husarenattacken ritt, ohne die Folgen umfassend zu beachten. Zu seinen Leistungen ab 1961 gehörten dessen ungeachtet grundlegende Einsichten jenseits der Symptombekämpfung. Der DDR-Sozialismus musste attraktiv gemacht und in der Gesell-

schaft dauerhaft verankert werden. Die gesellschaftliche, vor allem die wirtschaftliche Krise war für Ulbricht offenbar und er warf seine Reform- und Revisionismusfeindlichkeit und -angst ab. Das veranlasste ihn, jüngere Wirtschaftspraktiker und Wissenschaftler um sich zu versammeln und sich einer umfassenden Wirtschaftsreform zuzuwenden, die als Neues Ökonomisches System in die Geschichte eingehen sollte.⁵⁹ So störend bislang Bürokratismus, Starrsinn und Dogmatismus für die Wirtschaftspolitik waren, Ulbricht und seine Spezialisten wandten sich einer grundsätzlich anderen Art des Wirtschaftens zu. Starrheit, mangelnde Effektivität und zuallererst die unzureichenden Anreize des bisherigen zentralistischen Planwirtschafts systems sowjetischen Zuschnitts sollten über Bord geworfen werden. Gewinn, Leistungsstimulierung, relative Selbständigkeit der Betriebe sollten das Lösungsmittel für die Volkswirtschaft sein. «Was der Gesellschaft nützt, muss auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb und den Werktätigen des Betriebes nützen!»⁶⁰ – das war die neue zentrale Losung.

Politisch sollte in der neuen Situation frei von imperialistischer Einmischung ein neues Klima in der Gesellschaft entstehen. Darum wurden Staatsapparat und die Wirtschaftsfunktionäre gestärkt, den Bürgern wurde eine breitere Mitwirkung an der Gesetzesdiskussion ermöglicht, gesellschaftliche Gerichte und Elemente betrieblicher Mitbestimmung sollten die Betroffenen einbeziehen, es erfolgte eine Zuwendung zu Jugend und Frauen, gar eine Lockerung der künstlerischen Arbeitsbedingungen. Unter der Hand wurden ohne Namensnennung wichtige Überlegungen von noch vor wenigen Jahren als revisionistisch verpönten Wissenschaftlern wie Fritz Behrens oder Arne Benary in die neuen Wirtschaftskonzepte integriert. Die Gesellschaft, vor allem auch ihre Intellektuellen nahmen diese neue Situation an, ein Klima des gesellschaftlichen Aufbruchs ließ die einschneidenden Maßnahmen der Grenzschließung fast vergessen, zumal der erste partielle Widerstand erfolgreich unterdrückt werden konnte. Es kam zu einem neuen Tauwetter. Bücher und Filme setzten sich mit der sich sozialistisch nennenden Gesellschaft auseinander, wollten ihre Konflikte aufzeigen und nach sozialistischen Lösungen suchen.

Aber es zeigte sich schnell, dass diese Reform nur eine halbe bleiben sollte.⁶¹ Schon die Einschätzungen der Stimmungslage der Flüchtlinge hatte eine seltsame Schiefelage.

⁵⁶ Siehe u.a. Rainer Karlsch: Krisen als Chance? Die DDR-Wirtschaft nach Volksaufstand und Mauerbau. In: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hrsg.): Staatsgründung auf Raten? a.a.O., S. 189–200; André Steiner: Eine wirtschaftliche Bilanz der Mauer. In: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. a.a.O., S. 189–202. ⁵⁷ Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N. S. Chruschtschow mit Genossen W. Ulbricht am 1. August 1961. In: Welt online. a.a.O. ⁵⁸ Walter Ulbricht in einer Diskussion des Politbüros über Wirtschaftsprobleme, 6. Juni 1961. In: Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. a.a.O., S. 390/391. ⁵⁹ Siehe u.a. Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte. H. 5. Berlin 1993; Christoph Boyer (Hrsg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich. Frankfurt/M. 2007; ders. (Hrsg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich. Frankfurt/M. 2006; Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997; Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1990. Freiburg-Berlin 1990; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er-Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000; André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin 1999. ⁶⁰ Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin 1963, S. 83/84. ⁶¹ Siehe Stefan Bollinger: Die halbe Reform – Neues Ökonomisches System: für eine effektivere Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischeren Sozialismus. In: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 4. Bonn-Berlin 1994, S. 239–254.

Die Schuld der westdeutschen «Ultras», so der zeitgemäße Politjargon, war unbestritten, die wirtschaftlichen Beweggründe der unzufriedenen DDR-Bürger waren ein Thema. Aber die politischen Beweggründe, das Nichtfunktionieren einer demokratischen Teilhabe, blieben unbeleuchtet.⁶² Am ehesten fanden sich in den Einschätzungen Formeln wie: «Die Untersuchung der Ursachen des illegalen Verlassens der DDR ergab, dass dem Klassegegner zum Teil durch politisch falsche Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane Vorschub geleistet wurde.»⁶³ So wirtschaftlich innovativ es die ganzen 1960er-Jahre zugehen sollte, die politischen Lockerungsübungen der ersten Jahre blieben isoliert, die Führungsrolle der Partei und ihres engsten Führungszirkels durfte nicht angetastet werden. Es gab keinen neuen Anlauf, die Macht im Arbeiter- und Bauern-Staat durch seine Bürger aktiv zu verwirklichen. Es blieb bei dem ebenso paternalistischen wie patriarchalen System. Bereits im Dezember 1965 beendete das 11. ZK-Plenum, das sog. «Kahlschlag»-Plenum den intellektuellen Aufbruch. Künstler, vor allem Filmschaffende, wurden zur Raison gebracht, die Freizügigkeit für die Jugend wieder deutlich eingeschränkt. Eine reformfeindliche Fronde im Politbüro unter Führung Honeckers sorgte dafür, dass Ulbricht wieder daran erinnert wurde, dass die Macht das Allererste und Allerwichtigste war. Das Ende des nur sehr bescheidenen intellektuellen und politischen Aufblühens wurde schließlich angesichts der nun nicht mehr halbierten, sondern grundsätzlichen Reformversuche im Prager Frühling auch für die DDR beendet. Die in Prag einrollenden Panzer zerstörten nebenher auch das NÖS, was schließlich durch Ulbrichts Sturz 1971 besiegelt wurde.

EIN FAZIT

Für die Führungen von SED und DDR wie für die der Sowjetunion war der Mauerbau ein Befreiungsschlag, der den Ausweg aus einer bislang ungelösten Krise versprach. Bei allen Differenzen zwischen DDR und Sowjetunion war es eine gemeinsame Entscheidung, für die nur in Moskau grünes Licht gegeben werden konnte. Die tägliche Flucht, die Zuspitzung der Krise in der DDR wurde mit einigen tausend Kilometern Stacheldraht, alsbald auch mit vielen Mauersteinen und Betonplatten beendet. Die Gefahr eines Verfalls der inneren Stabilität wurde gestoppt und damit alle Überlegungen obsolet, die gerade auch in Bonn und Washington angestellt wurden. Dabei ist weniger relevant, ob es doch irgendwelche Aggressionspläne gab, als vielmehr die Tatsache, dass die Krise in der DDR unkontrollierbare Folgen haben konnte, aus der sich eine militärische Konfrontation der Blöcke ergeben könnte. Keine innerdeutsche Polizeiaktion, keine Rettung der Westberliner, keine Notwendigkeit für einen großen Waffengang mit dem Osten war mehr gegeben. Aus sowjetischer Sicht beendete der Mauerbau die Gefahr einer Destabilisierung des ganzen Blocks, bei dem ein Aufstand, gar ein Zusammenbruch der DDR sowohl Polen wie die ČSSR bedrohen und die ganze sowjetische Glacis zerstören konnte.

Der Gesichtsverlust durch die tagtäglichen Massenfluchten und den sie begleitenden Medienrummel war gestoppt, das hässliche Gesicht eines eingemauerten Staates und seiner Bürger sollten die DDR jedoch für weitere 28 Jahre, zwei Monate und 28 Tage begleiten. Vor allem hatte die militärische Absicherung der Grenze, in allererster Linie gegen die eigenen Bürger gerichtet, immer wieder blutige Konsequenzen. Militä-

rische Sicherheitsbereiche mussten bewacht und mit Gewalt durchgesetzt werden. Aber immer wieder gab es zwischen 1961 und 1989 Versuche, diese Grenzhindernisse in Berlin und in Richtung BRD zu überwinden oder die Flucht über die Ostsee zu wagen. Mindestens 136 Menschen mussten nach seriösen Untersuchungen des Potsdamer Instituts für Zeitgeschichtliche Forschungen dies an der Staatsgrenze zu Westberlin mit ihrem Leben bezahlen, die meisten als Flüchtlinge, die durch Grenzer erschossen wurden, die in Sperrren umkamen, in Grenzflüssen ertranken. Zu den Toten gehören auch acht DDR-Grenzsoldaten, von Westberliner Polizei, Fluchthelfern oder Deserteuren erschossen. An der Westgrenze der DDR und auf der Ostsee kamen mehrere hundert Menschen um.⁶⁴ Politisch und moralisch war dies eine Last, die sich die DDR in der Systemauseinandersetzung aufbürdete, die immer auch nur funktionierte, weil es einen attraktiveren Westpart gab, der mit seinen Gesetzen, mit seiner Staatsbürgerschaft, mit seiner Propaganda nach diesen Flüchtlingen lechzte. Aber es waren immer individuelle Entscheidungen gegen den erlebten realen Sozialismus.

Die Entscheidung für den Mauerbau – oder eine andere Form der Unterbindung der Massenfluchten – war 1961 für die Führungen der DDR wie der Sowjetunion alternativlos. Die militärische Operation lief reibungslos, die Masse der DDR-Bürger nahm die Entscheidung auch im Interesse ihrer eigenen Lebenssituation hin. Weltpolitisch entschärfte diese Aktion kurzfristig – wenn auch noch mit einem Jahrzehnt nachwirkenden Friktionen, die erst das Vierseitige Abkommen über Berlin respektive West-Berlin ausräumte – einen permanenten Konfliktpunkt an der gefährlichsten Front des Kalten Kriegs. Erfreulicher Nebeneffekt für die DDR: Endlich akzeptierten Bonner Regierung, Westberliner Senat und alle drei Westalliierten die faktische Existenz von drei politischen Einheiten als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Auch dies wurde ein Jahrzehnt nach dem Mauerbau im Grundlagenvertrag völkerrechtlich fixiert, auch wenn sich Bonn weiter eine Hintertür offen hielt.

Trotz allem blieb es ein Pyrrhus-Sieg für die DDR, die Sowjetunion, den Realsozialismus. Denn der Triumph war einer, der gegen die eigenen Bürger gerichtet war. Der Drang von Menschen, im Westen, in der Freiheit, in der glitzernden Welt von Konsum und Reisen ihr Glück zu suchen, riss nicht ab. Nicht nur, dass sich ein neuer Berufszweig – der Fluchthelfer – etablieren konnte, vor allem die konkreten Wirkungen eines militärischen Sperrgebiets mit klaren Regelungen, tödlichen Schüssen und Minen ließ diese Grenze immer als das inhumane Gesicht des Sozialismus erscheinen. Als makaber erwies sich die Möglichkeit für Bonn, bei Fluchtversuchen gefangene und dann verurteilte DDR-Bürger faktisch «freizukaufen», d.h. deren Ausbildungskosten zu übernehmen. Auch der Versuch, sich in den späten Jahren die politische Stabilität zu erhalten, in dem nicht nur zunehmend die Reiseregulungen gelockert wurden, sondern vor allem auch die Möglichkeit eröffnet wurde, regulär die Ausreise,

⁶² Siehe entsprechende Überlegungen auch bei Andrew I. Port: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland. Bonn 2010, bes. Kap. 5. ⁶³ Bericht der HVDVP über die Abwanderung im ersten Halbjahr 1961, 7. August 1961. In: In: Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. a.a.O., S. 394. ⁶⁴ Siehe detailliert: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam/Stiftung Berliner Maier (Hrsg.): Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch. Projektleiter: Hans-Hermann Hertle und Maria Nooke. Berlin 2009.

d.h. die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu beantragen, hatte einen gegenteiligen Effekt. Die Kette riss nicht mehr ab.

Die Kommunisten wollten die Bedrohungen und Verlockungen des Westens aussperren, um in Ruhe und Sicherheit eine neue Ordnung aufzubauen, vor der niemand mehr wegläuft und die als Magnet alle Menschen guten Willens anzieht. Faktisch versagten sie mit Gewalt ihren Bürgern die Chance, sich selbst in der Systemkonkurrenz ein Bild und eine Position gegenüber dieser westlichen Welt mit ihren Vorzügen und ihrem ausbeuterischen Wesen zu machen. Das hätte erfordert, mit einem Sozialismus ernst zu machen, der individuelle Selbstbestimmung, demokratische Mitbestimmung und wirtschaftliche Attraktivität verbunden hätte. Aber selbst die halbe Reform des NÖS war angesichts der Furcht, dass die eigenen Bürger sich gegen ihr System stellen könnten, zum Scheitern verurteilt. Fast drei Jahrzehnte sicherte die Mauer den Bestand der DDR, garantierte die Westgrenze des Ostblocks und trug zu einem friedlichen Austragen der Systemauseinandersetzung bei. Chruschtschow notierte in seinen Memoiren allerdings eine resignierende Einsicht: «Selbst wenn es uns gelänge, in der DDR solche Lebensbedingungen zu schaffen, wie die Bürger sie sich wünschen, müssten wir doch weiterhin die Grenzen bewachen. Wir würden so viel Freiheit gewähren, wie die materiellen Bedingungen zulassen, aber natürlich kann es in einer Diktatur der Werktätigen so etwas wie absolute Freiheit nicht geben.»⁶⁵ Die DDR unternahm jedenfalls nicht den Versuch, die Mauer einzureißen. Sie sorgte in den 1980er-Jahren dafür, dass sie durchlässiger wurde, dass Reisen und Ausreisen drastisch anstiegen. Es waren Gründe der internationalen Reputation und des handfesten Zusammenhangs zu Wirtschaftsvereinbarungen mit der BRD, die sie dazu antrieben. Auch Bonn war nicht bereit, ein Jota von seiner besonderen Rolle gegenüber den DDR-Bürgern als faktischen eigenen Bürgern abzugehen. Zwar machten Bonner Politiker der DDR Vorhaltungen, dass sie die Grenze in Richtung Westen für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Sri Lanka weit geöffnet hatte, aber eine Verbindung zur eigenen Vorgehensweise gegenüber der DDR mochten sie denn doch nicht ziehen.

Der Reformverzicht der 1960er-Jahre sorgte 1989 dafür, dass die nun überfällige Maueröffnung zum Fanal des Untergangs des Staates wurde. Gut 28 Jahre später war die Reisefreiheit eine der Forderungen unzufriedener DDR-Bürger. Zehntausende nutzten den Weg über BRD-Botschaften und die sich in Ungarn auftuende Westgrenze des sowjetischen Blocks. Ausreisearträge häuften sich, Ausreisewillige organisierten sich. Bürgerbewegungen versuchten in dieser Situation einen Reformprozess anzustoßen, um diese Menschen zum Bleiben zu ermuntern. «Visafrei bis Hawaii» war auf Montagsdemos zu lesen. Schließlich gab die SED-Führung nach und öffnete drei Wochen nach Honeckers Sturz mit einem «Versprecher» in einem kalten Staatstreich gegen die Demonstranten auf der Straße die Grenzen. Sollten die politisch bewusst gewordenen Bürger doch in den Westen reisen, anstatt auf der Straße die Macht herauszufordern, war die Intention. Verabsäumt wurde, für die Maueröffnung einen politischen oder wirtschaftlichen Preis mit Bonn auszuhandeln, oder zumindest einen geordneten Weg dorthin. Angesichts des Dilettantismus der Verordnung und der Art ihrer Verkündung mussten Grenzsoldaten und MfS-Angehörige

vor Ort entscheiden. Sie konnten friedlich agierenden Demonstranten ihren Erfolg überlassen, die Grenze geöffnet zu haben. Die Demos flauten kurzzeitig ab, aber alsbald stellten bundesdeutsche Akteure und DDR-Bürger die Frage nach der deutschen Einheit, die das Ende von DDR und Realsozialismus bedeutete. Reformen kamen zu spät, nicht Modell-, sondern Systemwechsel und kapitalistische Restauration standen auf der Tagesordnung.⁶⁶

Alles Geschichte, alles abzuhaken als die Fehler eines Systems, das sich nur widerrechtlich den Namen Sozialismus angeeignet hatte? Ein genauerer Blick lässt allerdings erwarten, dass es um Probleme geht, die vor jedem sozialistischen Projekt stehen und stehen werden. Das Handeln in einer feindlichen Umwelt, in der es eine größere wirtschaftliche Attraktivität, höhere Löhne für Fachleute gibt und die zielgerichtet diese Überlegenheit via Medien und individueller Abwerbung ausnutzt. Es bleibt die Verantwortung eines Staates für die Funktionsfähigkeit seines Landes. Sind hier Eingriffe in vermeintlich ewige Menschenrechte möglich? Oder gilt das nur für westliche Demokratien, die an den Grenzen zu Mexiko oder den EU-Außengrenzen oder im Mittelmeer oder an der Grenze zu den Palästinensergebieten Sicherungssysteme errichten und durchsetzen, die in ihrer oft auch tödlichen Effektivität selbst das Zukunftsprojekt der DDR, die «Grenze 2000» verblassen lassen. Und es bleibt die Frage, wie linke Kräfte Politik betreiben, die Mehrheiten durch materiellen Wohlstand und vor allem demokratische Gestaltungsmöglichkeiten immer wieder neu gewinnt.

Dr. Stefan Bollinger ist Politikwissenschaftler. Er ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

⁶⁵ Chruschtschow erinnert sich. Hrsg. von Strobe Talbott. Reinbek bei Hamburg 1992, S. 427. ⁶⁶ Siehe u.a. Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Schriften der RLS. Bd. 11. Berlin 2004; ders.: Der missglückte Neuanfang 1989/90. Die DDR zwischen antistalinistischer Revolution und kapitalistischer Vereinnahmung. RLS-Kontrovers. H 3/2009. Berlin 2009.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434
Fax -122 · thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de